



Wir sind Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.30 Uhr und Samstag von 9.30 bis 17.00 Uhr für Sie erreichbar. Rufen Sie uns an (01) 531 61-100!

Seit mehr als 150 Jahren bieten wir ein umfangreiches Sortiment an Fachliteratur für Rechts- und Steuerberufe an. Insgesamt sind rund 20.000 Titel aus österreichischen und internationalen Verlagen ständig verfügbar. Weitere 300.000 Titel können wir für Sie innerhalb kurzer Zeit besorgen. Ob als Buch, CD-ROM, Zeitschrift, Fortsetzung oder online: Manz liefert Ihnen alle Fachinformationen, die Sie benötigen. Lassen Sie sich von uns über die aktuelle Literatur informieren und testen Sie unser individuelles Kundenservice!

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH Kohlmarkt 16 | A-1014 Wien | Tel: +43 (1) 531 61-0 Sekretariat-Fax: +43 (1) 531 61-167 | Bestell-Fax: +43 (1) 531 61-455 | E-Mail: bestellen@MANZ.at | <http://www.manz.at>



CSR global

Wirtschaft und Entwicklung
auf den Philippinen, in El Salvador und Nigeria



Unterstützt aus
Mitteln der
Europäischen
Kommission.



Förderung von globaler
Corporate Social Responsibility
an Universitäten in Europa

Microsoft®

MANZ
Qualität auf allen Seiten

Bank Austria
Creditanstalt



TURTLE FUNDS

Wirtschafts Blatt

corporAID Magazin.

Das österreichische Magazin
für Wirtschaft und
globale Armutsbekämpfung

Jetzt **gratis** bestellen:
gratisexemplar@corporaid.at
Tel. 01-9690254



corporAID ist eine Initiative von



corporAID ist Partner von



corporAID Sponsoren



Ein Mitglied der HVB Group



Bank Austria
Creditanstalt

Die Bank zum Erfolg.



Jetzt **10,-Euro** zu
jedem neuen
Studenten-
Konto.

10.
Als Mathematikstudent
erinnert mich diese Zahl
an die 49. und 50. Kommastelle von π .
Toll, ausgerechnet meine beiden
Lieblingskommastellen!

<http://studenten.ba-ca.com>

Bei erstmaliger Eröffnung eines Studentenkontos werden von Konto €10,- gratis überlassen.



Das Booklet, das Sie eben in Händen halten, ...

... entstand im Rahmen des von der Europäischen Kommission kofinanzierten Projekts „Strengthening a Culture of Corporate Social Responsibility in European Universities“ (Förderung von globaler Corporate Social Responsibility an Universitäten in Europa), einem Gemeinschaftsprojekt von drei europäischen Entwicklungsorganisationen: dem italienischen ICU – Istituto per la Cooperazione Universitaria ICU, dem portugiesischen ISU – Instituto de Solidariedade e Cooperação Universitária und dem österreichischen ICEP – Institut zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten.

Die Recherche, die dem Booklet zugrunde liegt, wurde in Zusammenarbeit mit Studenten und Professoren verschiedener Universitäten auf den Philippinen, in El Salvador und in Nigeria durchgeführt. In El Salvador wurde außerdem ein kurzer Dokumentarfilm gedreht: „El Salvador – Saved by Multinationals?“, der konkrete Auswirkungen der Tätigkeit multinationaler Unternehmen in einem Land, in dem 48 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, zeigt. Im Rahmen des Projekts wurde auch ein Computersimulationsspiel erstellt, das den Spieler in die Rolle des Managers eines in einem Entwicklungsland tätigen Unternehmens versetzt.

ICEP, das Institut zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten, ...

... ist ein überparteilicher, überkonfessioneller, nicht-gewinnorientierter Verein mit Sitz in Wien. ICEP führt seit seiner Gründung 1996 Entwicklungsprojekte vor allem in Ostafrika (Kenia, Uganda), Zentralamerika (Nicaragua, Guatemala, El Salvador) und Zentralasien (Kasachstan, Kirgisien) durch. ICEP fördert Projekte, bei denen die Menschen in den Entwicklungsländern ihre Fähigkeiten einbringen und entfalten, Verantwortung übernehmen und zu Akteuren ihrer eigenen Entwicklung werden. ICEP unterstützt Entwicklungsprojekte, die ausbildungsorientiert sind und die Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern langfristig verbessern. Bei der Umsetzung der Projekte arbeitet ICEP mit zuverlässigen, kompetenten Partner in den Entwicklungsländern zusammen.

Development Awareness in Österreich – corporAID

corporAID ist eine Initiative von ICEP, um globale Armutsbekämpfung für und von Unternehmen zu thematisieren. corporAID ist die österreichische Plattform für Wirtschaft und globale Armutsbekämpfung. Das corporAID Magazin ist das Informationsmedium der corporAID Initiative. Es berichtet über angewandte CSR im globalen Umfeld und kommuniziert unternehmerisches soziales Handeln einer breiten Öffentlichkeit. Das corporAID Magazin erscheint als Beilage im Wirtschaftsblatt.

Kontakt, Anfragen

ICEP Institut zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten
Favoritenstraße 24, 1040 Wien • Tel. 01/9690254 • icep@icep.at • www.icep.at

Das Booklet wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission erstellt. Die darin enthaltenen Meinungen und Ansichten sind Meinungen und Ansichten der Autoren und Befragten und geben nicht die offizielle Meinung der Europäischen Kommission wieder.

Für den Inhalt verantwortlich: ICEP Institut zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten

Inhalt

Einleitung: Globalisierung – Herausforderung und Chance	5
---	---

Teil 1

1. Armut in der Welt: die aktuelle Situation	7
2. Die Globalisierung – keine neue Erfindung	11
3. Entwicklungsländer: Wege aus der Armut	16
4. Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen	18
5. CSR: viele Aktionen, eine Strategie	23

Teil 2

1. Globalisierung aus der Sicht der Entwicklungsländer	25
2. Der Kontext: Geschichte, Land und Leute	25
2.1. Die Philippinen mit Facts & Figures	25
2.2. El Salvador mit Facts & Figures	27
2.3. Nigeria mit Facts & Figures	28
3. Die Recherche: Inhalte, Mitwirkende	30
3.1. Mitwirkende auf den Philippinen	30
3.2. Mitwirkende in El Salvador	30
3.3. Mitwirkende in Nigeria	31
4. Umfrage unter ausländischen Unternehmen	32
4.1. Ergebnisse der Umfrage unter Unternehmen auf den Philippinen	32
4.2. Ergebnisse der Umfrage unter Unternehmen in El Salvador	36
4.3. Ergebnisse der Umfrage unter Unternehmen in Nigeria	38
5. Umfrage unter Universitätsstudenten	38
5.1. Ergebnisse der Umfrage unter Studenten auf den Philippinen	38
5.2. Ergebnisse der Umfrage unter Studenten in El Salvador	41
5.3. Ergebnisse der Umfrage unter Studenten in Nigeria	42
6. Gespräche mit Universitätsprofessoren	45
6.1. Gespräche mit Wirtschaftsfachleuten auf den Philippinen	45
6.2. Gespräche mit Wirtschaftsfachleuten in El Salvador	47
6.3. Gespräche mit Wirtschaftsfachleuten in Nigeria	49
7. Zusammenfassung	54
7.1. Kernaussagen der Umfragen auf den Philippinen	54
7.2. Kernaussagen der Umfragen in El Salvador	56
7.3. Kernaussagen der Umfragen in Nigeria	57
8. Ausblick	59



Einleitung

Globalisierung – Herausforderung und Chance

„Unternehmen müssen sowohl auf Effizienz als auch auf soziale Gerechtigkeit achten. Es gibt Dinge, die sich nicht gesetzlich regeln lassen, zum Beispiel Umweltfragen oder die Rolle von Privatunternehmen innerhalb der Gesellschaft. Dies gilt für Unternehmen, die in Europa und in den Vereinigten Staaten tätig sind, aber auch für solche, die in Afrika und Lateinamerika operieren. (...) Der Prozess der Globalisierung ermöglicht den Austausch von Gütern und Gedanken. Der internationale Handel und die zunehmende Mobilität der Menschen stellen für uns alle eine Bereicherung dar. Deshalb müssen wir die Globalisierung verteidigen. Gleichzeitig müssen wir uns überlegen, wie sich die Resultate der Globalisierung am Gerechtesten verteilen lassen. Wir müssen daher neben wirtschaftlicher Effizienz auch die soziale Gerechtigkeit in Erwägung ziehen. Ich glaube, die entscheidende Frage ist nicht, ob man die Globalisierung befürwortet oder ablehnt. Entscheidend ist, dass wir versuchen zu verstehen, was wir mit der Globalisierung erreichen können.“



Amartya Sen: „Wirtschaft muss auf Wohlfahrt ausgerichtet sein.“

So äußerte sich der indische Ökonom und Philosoph **Amartya Sen**, Wirtschaftsnobelpreisträger 1998, bei einem Gespräch zum Thema gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen zu den Herausforderungen der Globalisierung.

Die Globalisierung ist heute Realität, ein unumkehrbarer Prozess mit vorwiegend positiven Auswirkungen. Eine Zahl illustriert das: In den letzten 40 Jahren haben sich die Einkommen in den Industriestaaten ebenso wie in den Entwicklungsländern – kurz: der globale Wohlstand – verdreifacht.

Doch nicht alle profitieren davon im gleichen Maß: Trotz der weltweiten Einkommenssteigerungen gibt es immer noch über 800 Millionen hungernde oder unterernährte Menschen. 1,2 Milliarden Menschen, mehrheitlich Frauen und Mädchen, leben unter der Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag.

Die Wirtschaftsliteratur und empirische Untersuchungen stimmen weitgehend darin überein, dass die Liberalisierung und die Integration der Märkte wichtige Faktoren bei der Reduzierung der Armut darstellen. Die Globalisierung kann jedoch vor allem in einem politisch und wirtschaftlich instabilen Umfeld auch negative Folgen haben. Es ist daher – im Sinne von Amartya Sen – unbedingt erforderlich, dass die Vorteile, die die Globalisierung bringen kann, umfassend verteilt werden, und zwar mit System. Sozial verantwortliches Verhalten der Unternehmen gerade in Entwicklungsländern kann dazu einen unersetzlichen Beitrag leisten.

Eine **empirische Studie zu Auswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen** in drei Entwicklungsländern war integraler Teil des von der Europäischen Kommission mitfinanzierten Projekts „Strengthening a Culture of Corporate Social Responsibility in European Universities“. Die Untersuchungen fanden unter der Leitung von Universitätsprofessoren der Lagos Business School in Nigeria, der University of Asia & the Pacific School of Management in den Philippinen und der Universidad Católica d'Occidente in El Salvador zwischen Mai 2003 und Februar 2004 statt. Es wurden lokale Manager global agierender europäischer Unternehmen interviewt, einheimische Wirtschafts- und Managementstudenten befragt, mit Universitätsprofessoren wurde in Arbeitskreisen diskutiert. Die Ergebnisse werden im zweiten Teil des Booklets präsentiert. Sie illustrieren die komplexe Situation und Wahrnehmung westlicher Unternehmen in Entwicklungsländern, im Spannungsfeld von Ansprüchen und Möglichkeiten.



Erster Teil: Globalisierung und unternehmerische Verantwortung

1. Armut in der Welt: die aktuelle Situation

Armut hat vor allem wirtschaftlich-politische und sozio-kulturelle Ursachen. Die UNO versucht, mit den Millennium Development Goals MDGs eine Strategie zur globalen Armutsbekämpfung durchzusetzen.

Die Weltbevölkerung wird derzeit mit 6,3 Milliarden Menschen beziffert (United Nations Population Fund UNFPA, 2003).

- Einer von fünf Menschen lebt in absoluter Armut, das heißt von weniger als einem Dollar pro Tag.
- 1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, fast doppelt so viele leben ohne Abwasserentsorgung.
- Täglich sterben 6.000 Kinder an Krankheiten, die auf verschmutztes Trinkwasser zurückzuführen sind.
- 2,2 Millionen Kinder sterben jährlich wegen unzureichender medizinischer Versorgung.
- Etwa 42 Millionen Menschen sind HIV-infiziert, 2,5 Millionen davon sind Kinder unter 15 Jahren. 39 Millionen HIV-Infizierte leben in Entwicklungsländern (WHO, UNAIDS).
- Nach Angaben der UN Food and Agricultural Organisation FAO (2001) sind 842 Millionen Menschen unterernährt. 798 Millionen davon leben in Entwicklungsländern, die Hälfte davon in Subsahara-Afrika und Südasien.
- 115 Millionen Kinder, davon drei Fünftel Mädchen, haben keinen Zugang zu Grundschulbildung. In Subsahara-Afrika hat nur ein Drittel der Kinder die Möglichkeit, die Grundschule zu beenden. In Südasien geht nur ein Fünftel der Kinder zur Schule (Human Development Report 2003).

Das sind nur einige Beispiele für weltweite Missstände. Globalisierungsgegner schreiben sie dem Globalisierungsprozess zu. Ihren Unmut bringen sie lautstark und unübersehbar in erster Linie orts- und zeitgleich mit internationalen Konferenzen der Welthandelsorganisation WTO (z. B. in Seattle 1999, Doha 2001, Cancún 2003) oder der G8-Staaten (in Genua 2001) zum Ausdruck. Mit Demonstrationen und Ausschreitungen versuchen sie, auf die internationale Politik und Wirtschaft Druck auszuüben, um den – ihrer Ansicht nach – negativen Folgen der Globalisierung entgegenzuwirken.

Ursachen Die Ursachen von Armut sind jedoch vielfältig und liegen vor allem in Rahmenbedingungen wirtschaftlich-politischer und sozio-kultureller Natur. Zu den wirtschaftlich-politischen Ursachen zählen falsche Wirtschaftspolitik (Klientel- oder Enklavenwirtschaft, verfehlte Preis- oder Import-Export-Politik), nationale oder auch internationale Strukturen, die dazu führen, dass die Ressourcen eines Landes ineffizient genutzt oder auch zerstört werden (Monopole, Handelshemmnisse) und undemokratische Regierungsformen (Machtmissbrauch, Korruption). Im Bereich der sozio-kulturellen Faktoren stellt der Bildungsstand der benachteiligten Bevölkerungsschichten eine Hauptursache der Armut dar. Laut eines UNDP-Berichts liegt der Schulbesuch in Industriestaaten durchschnittlich bei zehn Jahren, in Lateinamerika bei 5,5 Jahren und in Afrika bei 2,2 Jahren. Frauen sind üblicherweise am stärksten benachteiligt, wenn es um Zugang zu Ausbildung geht. Mangelnde Kenntnisse über Hygiene und Ernährung, frühe Mutterschaft und kurze Abstände zwischen den Geburten verstärken das Elend. Klimatische Faktoren und Katastrophen aller Art erschweren zusätzlich eine dauerhafte Entwicklung, spielen aber eine untergeordnete Rolle.

Faktor Marktöffnung Während Globalisierungsgegner den multinationalen Konzernen vorwerfen, zu Gunsten einiger weniger Eliten Wohlstand und Wachstum zu erwirtschaften, zeigt sich, dass gerade diejenigen Schwellen- und Entwicklungsländer den größten Fortschritt erzielt haben, die am internationalen Handel partizipieren: Zwischen 1990 und 2000 wurden die höchsten BIP-Wachstumsraten in China (+10,3 %), Vietnam (+7,9 %), Malaysia, Uganda (je +7 %) und Chile (+6,8 %) verzeichnet, d. h. in Ländern, deren Märkte stark in den internationalen Handel integriert wurden.



Gegenwärtig leben drei Milliarden Menschen in Entwicklungsländern, die an der Globalisierung beteiligt sind. Etwa zwei Milliarden Menschen leben in Ländern, die von der Globalisierung ausgeschlossen sind (vor allem Subsahara-Afrika). In letzteren Ländern ist der Anteil am Welthandel sogar rückläufig. In den so genannten Least Developed Countries reduzierte sich der Anteil am Welthandel von 3,2 Prozent 1950 auf 0,5 Prozent 2000 (UNCTAD 2001). Und das, weil sich ihre Exportwirtschaft auf die Ausfuhr – wenig nachgefragter – Primärprodukte beschränkt und/oder sie kaum industrielle Entwicklung aufweisen.

Klassen zwischen Reich und Arm Die verbreitetste Länderklassifizierung ist die in Industrieländer, Schwellenländer (Newly Industrialised Countries NICs wie z. B. Taiwan, Singapur, Malaysia, Südkorea), Transformationsländer (u. a. osteuropäische und baltische Länder, Länder der ehemaligen Sowjetunion) und Entwicklungsländer.

Die Weltbank hat eine Klassifizierung nach Bruttoinlandsprodukt BIP pro Kopf eingeführt (siehe auch Grafik):

LIC - Länder mit geringem Einkommen (low income countries)

735 Dollar oder weniger BIP pro Kopf

37 Prozent der Weltbevölkerung, z. B. Ghana, Kenia, Nigeria, Pakistan

LMIC - Länder mit niedrigem mittleren Einkommen (lower middle income countries)

736 bis 2.935 Dollar BIP pro Kopf

42 Prozent der Weltbevölkerung, z. B. China, El Salvador, Guatemala, Philippinen

HMIC - Länder mit hohem mittleren Einkommen (higher middle income countries)

2.936 bis 9.075 Dollar BIP pro Kopf

5 Prozent der Weltbevölkerung, z. B. Botswana, Brasilien, Chile, Venezuela, Libanon

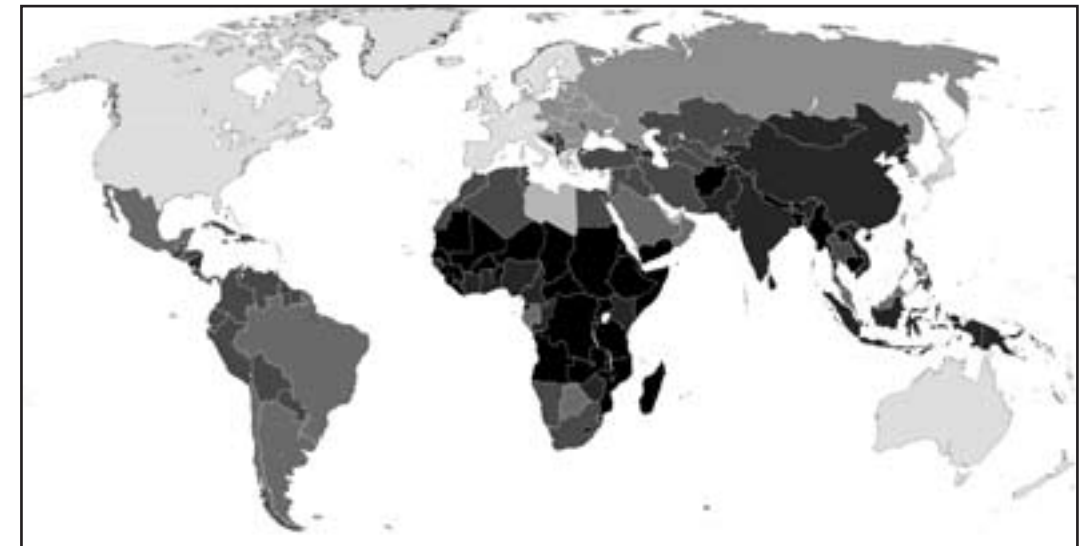
HIC - Länder mit hohem Einkommen (high income countries)

9.076 Dollar und mehr BIP pro Kopf

16 Prozent der Weltbevölkerung, z. B. Australien, Bahrain, Japan, Österreich, USA

Der Ausschuss für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee DAC) der OECD, dem fast alle Industriestaaten als Mitglieder angehören, unterscheidet daneben zusätzlich noch die **Ärmsten Entwicklungsländer (Least Developed Countries LDCs)** wie z. B. Angola, Äthiopien, Bangladesh, Jemen, Uganda, in denen mehr als 50 Prozent der Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen. Die **DAC-Entwicklungsländer-Liste** wurde erstmals Ende der fünfziger Jahre erstellt. Sie verschafft den dort gelisteten Staaten der Dritten Welt keinen völkerrechtlich verbrieften Anspruch auf Entwicklungsgelder. Das Verzeichnis räumt aber den „Gebern“ das Recht ein, eine entsprechende Unterstützung in der internationalen Entwicklungshilfe-Statistik aufzuführen.

Innerhalb der einzelnen Ländergruppen gibt es in Hinblick auf den Entwicklungsgrad gewaltige Unterschiede. Daher wird eine Länderklassifizierung allein nach dem Pro-Kopf-Einkommen häufig kritisiert. Denn ebenso wichtig wie das Einkommen sind Faktoren wie Lebenserwartung und Gesundheits- oder Schulwesen (z. B. die Alphabetisierungsrate). Diese Faktoren werden im Human Development Report berücksichtigt, der vom United Nations Development Programme UNDP jährlich herausgegeben wird. Der Report erfasst alle Länder und erstellt eine Rangliste, den **Human Development Index HDI**. Derzeit befindet sich auf Platz eins Norwegen, gefolgt von Schweden. Österreich belegt Platz 14. Schlusslicht auf Platz 177 ist Sierra Leone.



Das Spektrum zwischen Arm und Reich



Mit vereinten Kräften: MDGs Armut ist kein isoliertes Problem einiger – entfernter – Länder. Daher haben sich im September 2000 189 UNO-Mitglieder auf der Millenniumskonferenz der Vereinten Nationen in New York auf einen internationalen Handlungsrahmen für die Entwicklung im 21. Jahrhundert geeinigt und acht globale Entwicklungsziele formuliert: die **Millennium Development Goals MDGs** (siehe Kasten nächste Seite). Durch Erreichung dieser Ziele soll die globale Armut bis 2015 halbiert werden. Zur Messung der Fortschritte wurden konkrete Zielvorgaben in Form von Zahlen und Indikatoren formuliert. UN-Generalsekretär Kofi Annan ist es mittlerweile gelungen, zahlreiche Aktivitäten der UNO unter den Aspekt der Erreichung der MDGs zu stellen. Hauptaufgabe bleibt, sämtliche unterzeichnende Staaten zu motivieren, den Worten Taten folgen zu lassen.

Ausblick Der Human Development Report von 2003 zeigt, dass sich zur fristgerechten Erreichung dieser hochgesteckten Ziele noch sehr viel ändern muss. Die Experten der UNO sind aber der Meinung, dass es mit richtiger Wirtschafts- und Sozialpolitik und ausreichenden Ressourcen möglich sei, die Millennium Development Goals bis 2015 tatsächlich zu erreichen.

Einige positive Entwicklungen sind bereits zu verzeichnen. So ist der Anteil der extrem Armen an der Gesamtbevölkerung zwischen 1990 und 2000 global gesehen gesunken. Vor allem in Ostasien verringerte sich die Anzahl der Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag leben, um fast die Hälfte. Als weitere Fortschritte lassen sich – punktuell – der Rückgang der Kindersterblichkeit in Bangladesh (von 145 auf 51 je 1.000 Geburten) und Bolivien (von 147 auf 56) in den letzten 30 Jahren, die Verdoppelung der Einschulungsrate in Botswana (von 35 auf 70 Prozent) oder die Steigerung der Lebenserwartung in Sri Lanka (von 60 auf 72,5 Jahre) nennen.



Die Millenium Development Goals der Vereinten Nationen

1. Extreme Armut und Hunger beseitigen

- Die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US Dollar pro Tag leben, soll um die Hälfte gesenkt werden.
- Der Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, soll um die Hälfte gesenkt werden.

2. Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten

- Alle Jungen und Mädchen sollen eine vollständige Grundschulausbildung erhalten.

3. Gleichstellung und größeren Einfluss der Frauen fördern

- In der Grund- und Mittelschulausbildung soll bis zum Jahr 2005 und auf allen Ausbildungsstufen bis zum Jahr 2015 jede unterschiedliche Behandlung der Geschlechter beseitigt werden.

4. Die Kindersterblichkeit senken

- Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren soll um zwei Drittel gesenkt werden.

5. Die Gesundheit der Mütter verbessern

- Die Müttersterblichkeit soll um drei Viertel gesenkt werden.

6. HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen

- Die Ausbreitung von HIV/Aids soll zum Stillstand gebracht und zum Rückzug gezwungen werden.
- Der Ausbruch von Malaria und anderer schwerer Krankheiten soll unterbunden und ihr Auftreten zum Rückzug gezwungen werden.

7. Eine nachhaltige Umwelt gewährleisten

- Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung sollen in die nationale Politik übernommen werden; dem Verlust von Umweltressourcen soll Einhalt geboten werden.
- Die Zahl der Menschen, die über keinen nachhaltigen Zugang zu sauberem Trinkwasser verfügen, soll um die Hälfte gesenkt werden.
- Bis zum Jahr 2020 sollen wesentliche Verbesserungen in den Lebensbedingungen von zumindest 100 Millionen Slumbewohnern erzielt werden.

8. Eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen

- Ein offenes Handels- und Finanzsystem, das auf festen Regeln beruht, vorhersehbar ist und nicht diskriminierend wirkt, soll weiter ausgebaut werden. Dies schließt eine Verpflichtung zu guter Staatsführung, zur Entwicklung und zur Beseitigung der Armut sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene ein.
- Auf die besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder muss entsprechend eingegangen werden. Dazu gehören der zoll- und quotenfreie Marktzugang für die Exporte dieser Länder; die verstärkte Schuldenerleichterung für die hochverschuldeten armen Länder; die Streichung aller bilateralen öffentlichen Schulden dieser Länder; sowie eine großzügigere Entwicklungshilfe für Länder, die wirkliche Anstrengungen zur Senkung der Armut unternehmen.
- Auf die besonderen Bedürfnisse der Binnenstaaten und der kleinen Inselentwicklungsländer muss entsprechend eingegangen werden.
- Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend und wirksam angegangen werden, damit ihre Schulden auf lange Sicht tragbar werden.
- In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern soll für die Schaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeitsplätze für junge Menschen gesorgt werden.
- In Zusammenarbeit mit der pharmazeutischen Industrie sollen lebenswichtige Medikamente in den Entwicklungsländern zu erschwinglichen Preisen verfügbar gemacht werden.
- In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor sollen die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, verfügbar gemacht werden.



UN-Generalsekretär Kofi Annan wacht über die Umsetzung der MDGs bis 2015.

2. Die Globalisierung – keine neue Erfindung

Freihandelstheorien des 18. Jahrhunderts waren Wegbereiter der heutigen Globalisierung. Die Notwendigkeit, das Spiel der freien Kräfte zu steuern, gab den Anstoß zur Gründung internationaler Organisationen, insbesondere der WTO.

Der Begriff der Globalisierung steht für den Prozess der Integration, der steigenden Interaktion und Interdependenz zwischen Menschen und Räumen weltweit. Es handelt sich primär um ein wirtschaftliches Phänomen, das von der Internationalisierung der Wirtschaft nicht zu trennen ist. Die globale Welt bringt jedoch auch enorme politische, kulturelle, soziale und ökologische Veränderungen mit sich, sie verlangt Flexibilität und Autonomie von Wirtschaft und Individuen.

Obwohl manche Beobachter einen schwindenden staatlichen Einfluss und ein Überhandnehmen des Phänomens kultureller und wirtschaftlicher Aggregationen – oft als Hegemonisierung durch den Westen verstanden – befürchten, führt die Globalisierung nicht zu einer Vereinheitlichung. Im Gegenteil, immer häufiger sind wir Zeugen von Bekräftigungen der lokalen oder regionalen Identität. Politologen nennen dieses Phänomen „glocalism“ und bezeichnen damit die Wiederentdeckung der eigenen Identitäten innerhalb einer rasch voranschreitenden internationalen Integration.

Dass es vorwiegend politische Entscheidungen waren, die der Globalisierung den Weg bereitet haben, zeigt der folgende historische Abriss.



David Ricardo, Begründer der Freihandelsidee

Freihandelstheorie Anfang 19. Jahrhundert Die Theorie der komparativen Kostenvorteile machte den Engländer **David Ricardo** zu einem der bedeutendsten Nationalökonomien im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert und lieferte der Internationalisierung der Wirtschaft den theoretischen Unterbau. David Ricardo (1772-1823), selbst ein erfolgreicher Geschäftsmann, widmete sein Hauptwerk „Principles of Political Economy and Taxation“ (1816) der Frage nach den Gewinnchancen durch den internationalen freien Handel. Er kam zum Schluss, dass für Gewinne aus dem Handel nicht die absoluten Kosten entscheidend seien, sondern die Opportunitätskosten. Seiner Auffassung nach lohnt sich Außenhandel nicht nur, wenn zwei Länder, die jeweils ein Produkt günstiger produzieren können, sich auf das jeweilige Produkt konzentrieren und die Produktionsüberschüsse tauschen, sondern auch dann, wenn ein Land beide Produkte günstiger produzieren könnte. Dann lohnt es sich, sich auf

das Produkt mit den niedrigeren komparativen Kosten zu konzentrieren und das mit höheren komparativen Kosten zu importieren. Ricardo lehrte also, jedes Land solle sich auf die Herstellung derjenigen Güter spezialisieren, für die es den vergleichsweise geringsten Arbeitsaufwand benötigt, und die anderen Güter durch Handel erwerben. Der freie Handel sei somit nie ein Nullsummenspiel, sondern immer ein Positivsummenspiel. Ricardo gilt zusammen mit seinem Lehrer Adam Smith als Begründer der Freihandelsidee.

Erste Freihandelsphase Eine intensive Freihandelspolitik wurde von der Kolonialmacht **Großbritannien** am Konsequenteften praktiziert. Die Industrialisierung und die Transportrevolution (Dampfschiff, Eisenbahn) stellten die Voraussetzungen für diese erste Phase des globalen Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dar. Für den aufblühenden internationalen Handel konnte Großbritannien als ökonomische Führungsmacht das Pfund Sterling als internationale Leitwährung vorgeben. London übernahm die Rolle eines Weltfinanzzentrums. Der Wert



Shopping Malls als sichtbares Zeichen der Globalisierung

des englischen Pfunds war durch Silber und Gold gedeckt. Dank der intensiven Bemühung seitens Englands – strikte Einhaltung nationaler Gesetze und Deckungsvorschriften – und das Vertrauen der Finanzwelt in die Verlässlichkeit des Systems war der Goldstandard ein Garant für internationale Stabilität und stabile Preise über fast ein Jahrhundert hinweg. Und das, obwohl es keine internationalen Aufsichts- und Kontrollorgane (wie heute Internationaler Währungsfonds IWF, Weltbank oder anderes) gab.

Intensive internationale Kapital- und Handelsströme und weitgehend uneingeschränkte Migration prägten die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Das aufsteigende kapitalistische System hatte mit Beginn des **Ersten Weltkriegs** einen starken Rückschlag zu verkraften und fand durch die **Weltwirtschaftskrise** ab 1929 ein abruptes Ende. Erst in den Jahren nach dem **Zweiten Weltkrieg** begann der freie internationale Handel wieder in Schwung zu kommen.

1944: IWF und Weltbank Noch während des Zweiten Weltkriegs begannen die USA und Großbritannien über eine Neugestaltung der Weltwirtschafts- und Finanzordnung für die Nachkriegsperiode zu verhandeln. **Bretton Woods**, ein kleiner Badeort im US-Bundesstaat New Hampshire, wurde im Juli 1944 Schauplatz einer internationalen Währungs- und Finanzkonferenz der Alliierten (damals 44 Staaten). Es wurde ein System fester Wechselkurse vereinbart, die nach Gold- oder Dollarparitäten festgelegt waren – womit die **USA** ihre ökonomische Vormachtstellung besiegeln konnte. Alle Mitgliedsstaaten legten den Wert ihrer Währung in US Dollar fest und verpflichteten sich, ihren Wechselkurs mit einer Schwankungsbreite von zwei Prozent gegenüber dem US Dollar konstant zu halten. Gleichzeitig garantierten die USA die Einlösung von Dollar in Gold (zum festgesetzten Kurs von 35 Dollar je Unze).

Ein weiteres Ergebnis der Konferenz war die Gründung des **Internationalen Währungsfonds IWF** und der **Weltbank**, auch Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung IBRD genannt. Der

Internationale Währungsfonds IWF wurde als monetäre Institution zur Überwachung des Weltwirtschaftssystems eingerichtet und hat für die Staaten sowohl eine ordnungspolitische, finanzielle als auch beratende Funktion. Das System fester Wechselkurse konnte den Welthandel anfänglich stabilisieren und sorgte fast 30 Jahre lang für ein starkes Wirtschaftswachstum der beteiligten Nationalökonomien. 1973 wurde es endgültig aufgegeben, nachdem die USA die Goldeinlösungsverpflichtung für den Dollar widerriefen, und von einem System freier Wechselkurse abgelöst.

Wechselkursparitäten kamen fortan an den Devisenmärkten nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage zustande. Damit änderten sich auch die Aufgaben des IWF. Von einer Liquiditätsquelle für die Industrienationen nach dem Zweiten Weltkrieg und einer Kontrollinstanz über die vereinbarten festen Wechselkurse entwickelte sich der Fonds zu einer Organisation, die bis heute eine wichtige Liquiditätsquelle für Länder in Zahlungsbilanzschwierigkeiten, vor allem Schwellenländer wie Chile, Brasilien, Argentinien, Malaysia oder Taiwan, darstellt.

Einsatz für den freien Handel Die Bemühung der USA, eine internationale Handelsorganisation als Motor für den Freihandel zu gründen, scheiterte am Widerstand des amerikanischen Kongresses und zahlreicher westlicher Regierungen, die befürchteten, dass sie in dieser neuen Organisation – wie in der Vollversammlung der Vereinten Nationen – von der wachsenden Zahl der Entwicklungsländer majorisiert werden könnten.

Statt dessen schlossen 23 Staaten 1947 das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (**General Agreement on Tariffs and Trade GATT**), dem zuletzt 123 Vollmitglieder angehörten. Das Abkommen diente dem Ziel, durch Senkung der Zölle und die Beseitigung anderer Außenhandelsbeschränkungen den weltweiten Handel sowie eine stärkere internationale Integration und Kooperation zu fördern, um zukünftige Krisen und Konflikte zu verhindern. Im Mittelpunkt der handelspolitischen Vereinbarungen stand die Meistbegünstigung (d. h. Zollvergünstigungen für ein Land müssen gegenüber allen Handelspartnern gelten) und die Nichtdiskriminierung (d. h. erlaubte Ausnahmen vom Verbot der Mengenbeschränkung müssen für alle Teilnehmer gelten). Das GATT hatte den Status einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen und führte bis zur Ablösung durch die Welthandelsorganisation WTO 1995 acht GATT-Runden – Vereinbarungen über den weiteren Abbau von Handelshemmnissen (zuletzt die Uruguay-Runde 1986 bis 93) – durch. Zusätzliche politische Bedeutung erhielt das GATT als westliches Pendant zum 1949 von den kommunistischen Staaten gegründeten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe RGW – auch als COMECON (Akronym für englische Übersetzung Community of Mutual Economic Aid) bekannt.

Verflechtung versus Fragmentierung Seit Mitte der 90er Jahre erlebt das Weltwirtschaftssystem einen noch nie dagewesenen Grad an internationaler Verflechtung. Die Interdependenzen durch den internationalen Handel, die Erweiterung der Produktionskapazitäten und die grenzüberschreitenden Kapitalströme erreichten neue Dimensionen. Dazu trug der technologische Fortschritt, der Transport- und Kommunikationskosten senkte, entscheidend bei. Andererseits konnte die Fragmentierung der Weltwirtschaft nicht überwunden werden. So sind die Entwicklungsländer nach wie vor nicht ausreichend in die Weltwirtschaft integriert. Dies zum Einen wegen ihrer Produktionsstrukturen, zum anderen wegen des Protektionismus der Industrieländer.

Welthandel global steuern: WTO Mit der Gründung der **World Trade Organisation WTO** 1995 wurde die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Idee zur Gründung einer internationalen Handelsorganisation realisiert. Die WTO löste das GATT ab, das im Grunde ein Vertrag ohne institutionelle Basis war. Die Ministerkonferenz der WTO ist in der Lage, verbindliche Regeln für den internationalen Handel zu beschließen. Die bisher bahnbrechendste Handelsrunde der WTO fand im Juli 2004 in Genf statt. Nach langen Verhandlungen verabschiedeten die Vertreter der 147 Mit-



gliedsstaaten ein Rahmenabkommen, das den Abbau von handelsverzerrenden Agrarsubventionen der Industrieländer und eine Öffnung der Märkte der Schwellen- und Entwicklungsländer für Industriegüter vorsieht. Auch wenn die WTO-Einigung von Genf im Moment nur als Rahmen existiert, ist mit ihr doch ein wichtiger Meilenstein in der Liberalisierung des Handels erreicht.

Multinationale Konzerne Seit Mitte der 90er Jahre haben Unternehmensfusionen mit weltweiten Dimensionen stark zugenommen und die Globalisierung stark vorangetrieben. Als multinationale Konzerne MNCs (englisch: multinational corporations) werden Großunternehmen bezeichnet, die mindestens 25 Prozent ihrer Produktion außerhalb ihres Ursprungslands herstellen.

Historische Vorläufer der heutigen MNCs sind die um 1600 gegründeten ostindischen Handelskompanien der Niederlande (Vereenigde Oostindische Compagnie V. O. C.) und Englands (British East India Company) sowie die Britische Hudson Bay Company HBC (1670) in Nordamerika. Die erste Welle der Entstehung von MNCs fand Anfang des 20. Jahrhunderts statt. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu einer Fortsetzung dieser Entwicklung bis zur Weltwirtschaftskrise. Eine dritte Welle nahm in den 1950er Jahren ihren Anfang, intensiviert sich seit den 1960er Jahren und hat sich bis heute fortgesetzt. Nach Angaben der International Labour Organisation ILO der Vereinten Nationen gab es 1970 rund 7.000 multinationale Konzerne, heute sind es mehr als 50.000.

Multinationale Konzerne gelten als die **bedeutsamsten Akteure** der Führung und Gestaltung der globalen Wirtschaft. Darauf verweisen unter anderem die im Verhältnis zum globalen Bruttonationaleinkommen BNE steigenden Umsätze transnationaler Konzerne sowie ihr ebenfalls markant anwachsender Anteil an der Wertschöpfung und den weltweiten Exporten. Ihre Möglichkeit, Produktions-, Investitions- und Steuerstandorte weitgehend frei auszuwählen und dabei zugleich einzelne Volkswirtschaften gegeneinander auszuspielen, erweist sich als ein Faktor, der die Regierungen armer Staaten in Zugzwang bringen kann. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der gewaltige Zuwachs an Macht und Einfluss der weltweit operierenden Konzerne auf die soziopolitische Sphäre auch Ängste weckt. Dazu kommt, dass MNCs durch ihre grenzüberschreitenden Tätigkeiten im Prinzip der Wirtschaftspolitik und dem Rechtssystem mehrerer Staaten unterworfen sind, weshalb eine umfassende Kontrolle nur bedingt erreichbar ist. In Staaten mit schwach ausgebildeten Institutionen und Rechtssystem stellt sich überhaupt die Frage, wer ihre Tätigkeit überprüfen und die Durchsetzung bestimmter umwelttechnischer und sozialer Normen gewährleisten soll. Daher spielen internationale Abkommen wie der UN Global Compact, denen MNCs freiwillig beitreten können, eine umso wichtigere Rolle.

Nicht zu übersehen ist, dass multinationale Konzerne ihre Tätigkeit heute nicht nur gegenüber ihren Aktionären, sondern auch gegenüber Konsumenten, Arbeitnehmern, Parlamenten und Regierungen verantworten müssen. Transparenz und Legitimität sind Prinzipien des Unternehmensverhalten („**Corporate Governance**“) insgesamt. Viele Unternehmen haben mittlerweile erkannt, wie wichtig „Good Corporate Governance“ und „Corporate Responsibility“ für den Unternehmenserfolg sind. Unter dieser Prämisse können Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ganzer Staaten und Regionen leisten.

Best Practice aus Indien Es ist nun keineswegs so, dass die Globalisierung ausnahmslos von den westlichen Ländern ausgeht. Die **Infosys Technologies** mit Gründungsjahr 1981 beweist das Gegenteil. Infosys hat sein Stammhaus in Bangalore/Indien, dem Zentrum des internationalen offshoring IT-Outsourcing Markts, und ist das erste im Nasdaq notierte indische Unternehmen. Dank der WTO Abkommen (v. a. General Agreement on Trade in Services GATS, Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights TRIPS, Trade-Related Investment Measures TRIMS) und der Liberalisierung des Telekommunikationssektors, die in Indien Anfang der 90er Jahre erfolgte, konnte sich das



Globalisierung von Indien aus: das Development Center von Infosys Technologies in Bangalore

Unternehmen am internationalen Markt behaupten. Infosys Technologies beschäftigt 28.000 Mitarbeiter in 16 Ländern und rechnet für 2004 mit einem Jahresumsatz von 1,5 Milliarden US Dollar. 97 Prozent des Umsatzes werden außerhalb von Indien erzielt. Die verhältnismäßig niedrigen Lohnstückkosten machen die Firma bei hoher Produktqualität international wettbewerbsfähig.



Narayana Murthy, CEO eines indischen Konzerns.

Der Vorsitzende und Mitbegründer des weltweit erfolgreichen Konzerns, **Narayana Murthy**, aus bescheidenen Verhältnissen stammend, wurde vom Time-Magazin zu den 25 einflussreichsten globalen Top Managern im Bereich Schaffung neuer Industrien und Märkte gezählt.

Murthy sieht gerade die multikulturelle Integration als positive Herausforderung, weshalb seine Manager lernen, Menschen aus verschiedenen Kulturen zu einem Team zu integrieren, Beziehungen zu Kunden in diversen Staaten aufzubauen und ethisch zu handeln. Ein Teil der Gewinne fließt einer von Murthy gegründeten Stiftung zur Armutsbekämpfung zu. Gleichzeitig finanziert Murthy fünf Fachhochschulen, denen sich bald eine sechste in einer der ärmsten Regionen Indiens anschließen wird.



Die Globalisierung fand historisch nicht selten unter religiösen Vorzeichen statt.

3. Entwicklungsländer: Wege aus der Armut

Ökonomen empfehlen den Regierungen der Entwicklungsländer, die Integration in den internationalen Handel zu forcieren.

Die wissenschaftliche Literatur und empirische Studien weisen nach, dass die Liberalisierung des Handels und die Anziehung **ausländischer Direktinvestitionen** (englisch: Foreign Direct Investments FDI) den wichtigsten Hebel für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme in Entwicklungsländern darstellen. Dabei unterscheidet man grundsätzlich zwei Arten von FDI: Die erste Variante sind die sogenannten „greenfield investments“, die Neugründungen von Unternehmen im Ausland. Die zweite und weitaus häufigere Form ist die der „Mergers and Aquisitions“ (M & A). Das sind Übernahmen von oder Zusammenschlüsse mit bereits bestehenden Unternehmen. Da FDI, in welcher Form auch immer sie stattfinden, nicht nur Sachkapital, sondern auch Know-how und qualifizierte Arbeitskräfte in das Gastland transferieren, können sie besonders positiv zum Wirtschaftswachstum von Entwicklungsländern beitragen. Daher gehört die Anwerbung von Auslandsinvestitionen auch tatsächlich immer mehr zur Entwicklungspolitik der Regierungen im globalen Süden: Heute gibt es weltweit 160 nationale und mehr als 250 sub-nationale Investment Promotion Agencies IPA, die ausländische Investitionen in ihr Land beziehungsweise ihre Region holen wollen. Zur tatsächlichen Auswirkung von FDI Promotion auf FDI-Ströme haben **Louis Wells** und **Alvint Wint**, Professoren der Harvard Business School, eine viel beachtete empirische Studie erstellt („Marketing a Country, Revisited“, 2001).

US-Studie: FDI ermöglichen Die positiven Auswirkungen und möglichen Gefahren von ausländischen Direktinvestitionen in Schwellenländern erhob **Theodore H. Moran**, Professor an der Georgetown University, Berater der Weltbank und der Vereinten Nationen, in seiner umfassenden Studie „Foreign Direct Investment and Development: The New Policy Agenda for Developing Countries and Economies in Transition“ (1999). Er unterstreicht, dass Risiken und Chancen für Investoren

Beispiel Südkorea

Südkorea ist eines der Länder, in dem eine intelligente ausbildungs- und infrastrukturorientierte Förderungspolitik betrieben und die notwendigen Rahmenbedingungen für Investitionen aus dem Ausland geschaffen wurden. Zusätzlich wurde der Export gefördert: Die Regierung unterstützte Unternehmen beim Import von Rohstoffen und bei der Umsetzung neuer Exporttechnologien und subventionierte exportorientierte Unternehmen. Heute zieht das Land eine positive Bilanz: Zwischen 1965 und 1999 ist das Pro-Kopf-Einkommen jährlich um durchschnittlich 6,6 Prozent gestiegen. 2002 lag es bei 10.006 US Dollar – in Österreich lag es zum Vergleich bei 25.356 US Dollar. Südkoreas Anteil am Weltmarkt ist um mehr als das 60fache gestiegen, von 0,04 Prozent im Jahr 1962 auf 2,5 Prozent im Jahr 2000.

in Entwicklungs- und Schwellenländern sehr hoch seien. Gleichzeitig könne nur ein investitionsfreundliches Umfeld, das es Unternehmen ermöglicht, wettbewerbsfähig zu agieren, auch dem Gastland die erwünschten Vorteile bringen: Kapitalzufuhr, Technologietransfer und Management-Know-how. Darüber hinaus profitieren lokale Tochterunternehmen von der Präsenz des Mutterunternehmens am internationalen Markt. Moran entwirft eine Agenda für die Regierungen der Entwicklungsländer, deren Erfüllung sie in die Lage versetzen soll, von Direktinvestitionen maximal zu profitieren. Die vorgeschlagenen Entwicklungsstrategien zielen vor allem auf eine aktivere Rolle der Regierungen im Liberalisierungsprozess ihres Landes.

US-Ökonomen: Best Practice Beispiele Arme Länder wachsen schneller, wenn sie ihre Märkte öffnen und sich in den internationalen Handel integrieren. **Jeffrey Sachs** und **Andrew Warner** zeigten bereits 1995 in ihrer Studie „Economic Reform and the Process of Global Integration“, dass Schwellen- und Entwicklungsländer, die während der 70er und 80er Jahre ihre Märkte liberalisierten (unter anderem Botswana, Indonesien, Malaysia, Mauritius, Südkorea/vgl. Kasten oben, Jemen), im Vergleich mit Ländern, die ihre Märkte abschotteten, ein sechsmal so hohes Wirtschaftswachstum erzielten und heftigere makroökonomische Krisen abwenden konnten. Die Ökonomen betonen aber auch, dass die Liberalisierung des Handels nur einen Integrationsfaktor einer Wirtschaft ins Weltwirtschaftssystem darstelle. Es bedürfe im Allgemeinen außerdem breiter Reformen zur makroökonomischen Stabilisierung, einer Reform des Rechtssystems, einer extensiven Privatisierung und der Einrichtung eines Netzes sozialer Sicherheiten.

Öffnung bringt Wohlstand Ähnliche Ergebnisse erzielten die Weltbank-Fachleute **David Dollar** und **Aart Kraay**. In der Studie „Trade, Growth and Poverty“ (2001) belegen sie, dass Schwellen- und Entwicklungsländer, die den Außenhandel liberalisierten und sich am globalen Handelssystem beteiligten (sie untersuchten Argentinien, China, Ungarn, Indien, Malaysia, Mexiko, Philippinen, Thailand), in den letzten 20 Jahren das Wachstum deutlich steigern konnten. Das BIP pro Kopf ist in diesen Ländern während der 90er Jahre um durchschnittlich fünf Prozent gewachsen, während es in Staaten, die nicht an der Globalisierung teilnahmen, um nicht mehr als 1,4 Prozent zunahm.

In anderen Worten: Das Wohlstandsniveau in den Ländern, die ihre Märkte öffnen, verdoppelt sich alle 14 Jahre, während es sich in Ländern, die ihre Märkte isolieren, nur alle 50 Jahre verdoppelt. Durchschnittlich bedeute also **mehr Globalisierung schnelleres Wachstum**, folglich eine Einkommenssteigerung und damit Armutsreduktion. So wie Sachs/Warner kommen auch Dollar/Kraay zum Schluss, dass diese Steigerungen nicht nur auf die Öffnung der Märkte zurückzuführen seien, sondern auch auf Reformen in anderen Bereichen (Stärkung der Eigentumsrechte, Stabilisierung der Inflation, Steuerreformen, Infrastrukturausbau etc.). Außerdem sei eine wirksame Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik notwendig, damit alle Arbeitnehmer von der Globalisierung profitieren können. Dem Rückzug des Staates aus manchen Sektoren sollte gerade in Entwicklungsländern ein verstärktes Engagement in diesen Bereichen gegenüberstehen.



4. Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen

In der Diskussion über die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen hat die EU mit der Herausgabe eines Grünbuchs 2001 eine klare und positive Haltung eingenommen. Soziale Verantwortung ist Teil des unternehmerischen Erfolgs.

Ob private Unternehmen sich aktiv der Probleme armer Länder oder benachteiligter Gruppen annehmen sollen, ist seit Jahrzehnten eine kontrovers diskutierte Frage.



Milton Friedman: „Business of business is business.“

Kein Engagement Eine Kategorie von Gegnern, die global engagierten Unternehmen skeptisch gegenüber stehen, sieht in entwicklungspolitischen Aktivitäten des Privatsektors lediglich eine clevere Strategie zur Erschließung neuer Märkte. Eine andere Gruppe von Gegnern eines solchen Engagements argumentiert mit Rückgriff auf den US-Ökonomen und Nobelpreisträger **Milton Friedman**, der Anfang der 70er Jahre schrieb: „Die gesellschaftliche Pflicht von Unternehmen ist es, in einem freien, fairen und kompetitiven Markt hohe Gewinne zu erwirtschaften und somit auf effiziente Weise Wohlstand und Arbeit für alle zu schaffen.“ Dieser Theorie zufolge haben Unternehmen nur eine ethische Verpflichtung: die Profitmaximierung im Rahmen der legalen Möglichkeiten. Ressourcen für humanitäre Ziele bereitzustellen, läuft laut Friedman den unmittelbaren Interessen der Firma und ihrer Aktionäre entgegen.

Für Engagement Demgegenüber erkennen viele Unternehmen eine ethische Verantwortung gegenüber dem ärmeren Teil der Welt an, unabhängig von der Tatsache, dass ein entwicklungspolitisches Engagement heute auch im wohlverstandenen Eigeninteresse global arbeitender Firmen liegt:

- Im Sinne einer nachhaltig erfolgreichen Geschäftsführung sind Entwicklungsaktivitäten ein Beitrag zur Prävention weltweiter Konflikte und Armutsmigrationen, die das erfolgreiche Wirtschaften von global agierenden Unternehmen beeinträchtigen können.
- Soziales Engagement für Bedürftige in Entwicklungsländern erhöht das Vertrauen und die Akzeptanz in der Gesellschaft.
- Leistungen für Menschen in Afrika, Asien und Südamerika tragen zu einer stärkeren Bindung der Mitarbeiter an das Mutterunternehmen und zu einer höheren Attraktivität eines Unternehmens als Arbeitgeber bei.

Kein Widerspruch Inzwischen gibt es viele Unternehmen, die keinen Widerspruch zwischen humanitärem Engagement und erfolgreicher Geschäftstätigkeit erkennen, sondern darin komplementäre Bereiche sehen – denn weder lassen sich soziale Maßnahmen im eigenen Land und/oder Entwicklungshilfe ohne wirtschaftliche Prosperität finanzieren, noch wird ein international tätiges Unternehmen langfristig anerkannt sein, wenn es sich nicht auf globaler Ebene sozial verantwortlich zeigt. Für diese Unternehmen ist ihre Fähigkeit, gesellschaftliche Verantwortung in ihre Unternehmensstrategie einzubauen, ein zentraler Teil ihres Erfolgs.

Kommunikation: ja oder nein? Die Kommunikation von gesellschaftlichem Engagement wird von manchen Unternehmen sehr zurückhaltend betrieben, andere bedienen sich dafür der verschiedenen Medien und Tools, die zur Verfügung stehen: Zertifizierungen, Nachhaltigkeitsberichte,

cause-related Marketing und anderer. Unternehmen, die auch in diesem Bereich kommunikativ sind, werden für andere zum Auslöser, sich zu engagieren. Daher ist nicht umsonst ein Zuwachs an Institutionen und zivilgesellschaftlichen Interessensgruppen zu beobachten, die für die Entwicklung einer „Corporate Culture“ ihre Dienste anbieten.

CSR – EU als Motor „Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wissen wir von vielem, das in der modernen Gesellschaft nicht oder nicht ausreichend funktioniert. Im Rahmen verschiedener ‚-ismen‘ scheiterten staatliche Beglückungskonzepte ebenso wie ein plump neoliberaler Zugang zum Marktgeschehen“, hieß es in einer jüngeren Stellungnahme des EU-Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie zum Thema unternehmerische Verantwortung. Und weiter: „Unzählige Unternehmer haben deshalb längst selbst erkannt, dass sie langfristig nur mit Hilfe schlüssiger und nachvollziehbarer Praktiken der Corporate Social Responsibility CSR Erfolg haben können.“

EU-Grünbuch Auf dem Europäischen Gipfel in Lissabon im März 2000 stand CSR erstmals ganz oben auf der politischen Agenda der EU. Zum ersten Mal appellierten die Staats- und Regierungschefs an die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Sie forderten diese auf, einen Beitrag zur Realisierung des neuen strategischen Ziels der EU zu leisten, bis zum Jahr 2010 zur wettbewerbsfähigsten und integrativsten Wirtschaft der Welt zu werden. Im Juli 2001 gab die Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales ein **Grünbuch** heraus, um den neuen Ansatz zur gesellschaftlichen Verantwortung vorzustellen und eine Debatte zu initiieren.

Das Grünbuch definiert die soziale Verantwortung von Unternehmen als „freiwillige Aufnahme von Verpflichtungen im sozialen und ökologischen Bereich in die Unternehmensstrategie und die Berücksichtigung dieser in den Beziehungen zu den verschiedenen Stakeholdern.“ Es enthält Richtlinien, die europäischen Unternehmen als Basis für einen Code of Conduct dienen sollen. Sofern die Umsetzung der Richtlinien über Verpflichtungsintentionen hinausgeht und auch nicht nur für die Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt wird, könne CSR zur europäischen Strategie der nachhaltigen Entwicklung wesentlich beitragen, ist man bei der EU überzeugt. Sie rechnet damit, dass die Integration des Konzepts der gesellschaftlichen Verantwortung in die Unternehmensstrategie und -routine den Arbeitsalltag entscheidend verändern wird, sodass „sich Manager und Arbeitnehmer vor der Notwendigkeit sehen, Unternehmensentscheidungen auch nach Kriterien zu treffen, die von der ihnen bekannten herkömmlichen Norm abweichen“ (Grünbuch 3.1).

Grundlegende Normen Die Europäische Kommission betrachtet die von der **Internationalen Arbeitsorganisation** (International Labour Organisation ILO, einer Unterorganisation der UNO) festgelegten Normen zum Schutz der Arbeitnehmerrechte als Ausgangsbasis für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen. Die vier tragenden Grundprinzipien, die das Selbstverständnis und Handeln der ILO seit ihrer Gründung bestimmen, sind: Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung der Zwangsarbeit, tatsächliche Abschaffung der

Was ist CSR?

Corporate Social Responsibility (CSR, deutsch: die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen) ist weder Gönntum noch Philanthropie und auch keine zusätzliche Aufgabe für die Marketingabteilung. CSR ist ein Commitment: die freiwillige Selbstverpflichtung eines Unternehmens, neben Gewinn- und Wertmaximierung als Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Charakteristikum von CSR ist ein partizipativer Ansatz, das bedeutet eine partnerschaftliche Sicht und Einbeziehung all jener, die mit dem Unternehmen in Beziehung stehen: Mitarbeiter, Lieferanten, Abnehmer, Behörden, lokale Gemeinschaften. Denn die soziale Verantwortung von Unternehmen „endet nicht an den Werkstoren ... und auch nicht an den Grenzen Europas“ (vgl. EU-Grünbuch zu CSR).



Im Juni 2004 begrüßte Kofi Annan 400 hochkarätige Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft beim GC Leaders Summit in New York. Von Österreich nahmen die VA TECH und die OMV am Treffen teil.

Die zehn Prinzipien des UN-Global Compacts

Die zehn Prinzipien stellen die gemeinsame Wertebasis der Teilnehmer des Global Compact dar. Sie beziehen ihre Legitimierung aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und der Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung. Der UN Global Compact steht im Dienst der Millennium Development Goals.

Im Bereich Menschenrechte:

1. Die Wirtschaft soll den Schutz der international verkündeten Menschenrechte in ihrem Einflussbereich unterstützen und achten und
2. sicherstellen, dass sie nicht zum Komplizen von Menschenrechtsverletzungen wird.

Im Bereich Arbeitnehmerrechte:

3. Die Wirtschaft soll die Vereinigungsfreiheit wahren und die wirksame Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen gewährleisten sowie
4. auf die Beseitigung jeder Art von Zwangs- oder Pflichtarbeit,
5. die tatsächliche Abschaffung von Kinderarbeit und
6. die Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf hinwirken.

Im Bereich Umweltschutz:

7. Die Wirtschaft soll umsichtig an ökologische Herausforderungen herangehen,
8. Initiativen zur Förderung eines verantwortlichen Umgangs mit der Umwelt durchführen und
9. sich für die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien einsetzen.

Im Rahmen des Global Compact Leaders Summit in New York wurde am 24. Juni 2004 ein zehntes Prinzip beschlossen:

Im Bereich Korruptionsbekämpfung:

10. Unternehmen sollen gegen Korruption in jeglicher Form arbeiten, einschließlich Extorsion und Bestechung.

Kinderarbeit und Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Weitere ILO-Normen (insgesamt gibt es heute 185) beziehen sich unter anderem auf Arbeitszeit, Mindestlöhne und Mutterschutz.

Zahlreiche Akteure Sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene gibt es zahlreiche institutionelle Akteure, die die Implementierung von Corporate Social Responsibility unterstützen, um die Nachhaltigkeit der unternehmerischen Tätigkeit zu fördern und das Vertrauen der Öffentlichkeit in Unternehmen zu stärken. Im Laufe der letzten Jahre kam es zu einem wahren Boom wirtschaftsethischer Kodizes. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD veröffentlichte im Juni 2000 ein Verzeichnis und eine Analyse von insgesamt 246 Verhaltenskodizes. Einige Beispiele hierzu:

- **Nationale Kodizes:** Österreichischer Corporate Governance Codex
- **Internationale Kodizes:** UN-Global Compact, OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, Global Corporate Citizenship: The Leadership Challenge for CEOs und Boards, Globaler Ethik-Kodex für den Tourismus, Clean Clothes, Fair Trade, Step

Lokale Initiative: CSR Austria Die Initiative „CSR Austria“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, der österreichischen Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung will einen positiven Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ermöglichen. Mit Hilfe der Programme „Corporate Social Responsibility“ CSR und Nachhaltigkeit („Sustainable Development“ SD) werden Maßnahmen gesetzt, die die Beziehung zwischen Shareholdern, Stakeholdern und der Bevölkerung in Unternehmen und Wirtschaft fördern sollen. Unternehmerisches Ziel der Unterstützer der Initiative ist die **Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Bewahrung einer lebenswerten Umwelt**. Für die CSR Austria bedeutet gesellschaftliche Verantwortung:

erfolgreich wirtschaften:

- verlässlich und vertrauenswürdig sein
- langfristig und wertorientiert entscheiden
- für fairen Wettbewerb sorgen
- Vorbildwirkung entfalten

an Umwelt und Zukunft denken:

- das Vorsorgeprinzip beachten
- ökologische Herausforderungen ökonomisch lösen
- die Interessen der Verbraucher berücksichtigen
- die nachhaltige Entwicklung global und regional fördern

andere einbeziehen:

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Partner sehen
- die gesellschaftliche Integration fördern
- die Anliegen von Interessensgruppen berücksichtigen
- die Situation in anderen Ländern verbessern helfen

engagiert umsetzen:

- gefasste Grundsätze ernst nehmen
- durch Informationspolitik für Transparenz sorgen
- in Partnerschaftsmodellen zusammenarbeiten
- zielführende Maßnahmen weiterentwickeln

(Quelle: Leitbild von CSR Austria, Dezember 2003)

Globale Initiative: UN Global Compact Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan lancierte im Juli 2000 den Global Compact GC der Vereinten Nationen. Dieser ist zur Zeit die einzige globale Corporate Social Responsibility Initiative. Er zählt über 1.500 Mitglieder und circa 45 nationale Netzwerke – Österreich ist derzeit mit fünf Unternehmen im GC präsent.

Der Global Compact ist ein auf gemeinsamen Werten und Prinzipien basierendes **globales Lernforum**, das sich an „good practice“ orientiert. Zu den Zielen des GC gehört nicht nur die Verankerung der zehn Grundprinzipien (siehe Kasten) im unternehmerischen Geschäftsalltag. Die Initiative soll die Unternehmen auch dazu anregen, sich mit übergeordneten Fragen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung außerhalb des eigenen Unternehmens zu befassen und mit Gewerkschaften und Akteuren der Zivilgesellschaft vermehrt zusammenzuarbeiten. Der Global Compact ist in erster Linie ein freiwilliges Bekenntnis zu gemeinsamen Werten. Er versteht sich nicht als Kontrollorgan der Unterneh-



Neun Tätigkeitsfelder für unternehmerische Verantwortung

1. Werte, Codes, Programme:

- Formelle Erklärung der Mission, Vision und Werte des Unternehmens
- Codes of Conduct und ethische Codes
- Ethik-Komitee, Ethical Officer
- Programme zur sozialen Verantwortung

2. Corporate Governance:

- Unabhängige Buchprüfung
- Internes Kontrollsystem
- Beteiligung der Mitarbeiter am Geschäftserfolg (Prämien)
- Aktienbeteiligung der Mitarbeiter
- Schutz der Aktionärsrechte

3. Accountability, Auditing und Reporting

- Nachhaltigkeitsberichte
- Thematische Berichte (Sicherheit, Qualität)
- Hausorgan/Newsletters und Informationen zum Thema CSR

4. Finanzen

- Social Responsible Investing

5. Beziehungen zu den Mitarbeitern

- Kommunikation und Dialog mit den Mitarbeitern (regelmäßige Treffen/Besprechungen, interne Medien ...)
- Kooperation mit Angestellten/Gewerkschaften
- Ausbildungsprogramme
- Gleichberechtigung innerhalb der Personalpolitik (hinsichtlich Einstellung, Ausbildung, Karriere ...)
- Sicherheit am Arbeitsplatz
- Schutz der Privatsphäre der Mitarbeiter
- Vereinbarung von Arbeit und Familie (Teilzeit, Flexibilität ...)

6. Marketing

- Konsumentenschutz
- Integrität von Handelspraktiken
- Sponsoring von Sport- und Kulturveranstaltungen
- Cause Related Marketing

7. Beziehungen zur Gesellschaft

- Spenden
- Kostenlose oder günstige Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen
- Kostenlose Bereitstellung der Firmenausstattung
- Ehrenamtliche Tätigkeit der Mitarbeiter
- Erwerb von Gütern von Herstellern, die sich gemeinnützig betätigen

8. Umwelt

- Verminderung des Energie-, Wasser- und Rohstoffverbrauchs
- Verminderung der Ausschüttung von umweltschädlichen Giftstoffen
- Recycling von Produkten etc.
- Bio-Gütesiegel
- Ökologische Zertifizierung
- Förderung von Öko-Kampagnen
- Beteiligung an Programmen für nachhaltige Entwicklung
- Lieferantenkontrolle

9. Menschenrechte und Entwicklung

- Supply Chain Kontrolle
- Soziale Zertifizierung (SA 8000)
- Unterstützung von fairem Handel
- Spenden zugunsten bedürftiger Bevölkerungsgruppen und benachteiligter Regionen
- Beteiligung an Programmen für Katastrophenhilfe

Quelle: ORSA Osservatorio sulla Responsabilità Sociale delle Aziende (www.orsadata.it)

men. Die Verantwortung für die Einhaltung der Prinzipien liegt bei den Unternehmen selbst. Annans Leitidee ist es, mit dem GC die Entwicklungsländer stärker in die Globalisierung einzubinden. Mittlerweile stellen Unternehmen aus Entwicklungsländern bereits mehr als die Hälfte der GC-Mitglieder.

5. CSR: viele Aktionen, eine Strategie

Die Implementierung von CSR im Unternehmen stellt einen wirtschaftlich lohnenden Aufwand dar.

Corporate Social Responsibility CSR ist eine Managementstrategie, durch die sich Unternehmen zum Ziel setzen, unter sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten verantwortungsbe-
wusst zu handeln. Die Aufnahme der gesellschaftlichen Verantwortung in das **Leitbild** des Unter-
nehmens sowie die Ausarbeitung von **Ethik-Standards** tragen wesentlich zur Gesamtausrichtung
des Unternehmens bei. Um wirkungsvoll zu sein, muss CSR alle Unternehmensbereiche erfassen
und verändern, das heißt zu einer „core business strategy“ werden. Je nach den vom Unternehmen
verwendeten CSR-Tools ergeben sich verschiedene Tätigkeitsfelder (siehe Kasten).

CSR als Teil des Erfolgs Obwohl erst wenige Studien zu CSR und deren Einfluss auf den wirt-
schaftlichen Erfolg von Unternehmen vorliegen, weisen erste Untersuchungen darauf hin, dass der
wirtschaftliche Erfolg eines Unternehmens in großem Maße von seinem Ansehen in der Öffentlich-
keit, seiner Innovationsfähigkeit, seiner Beziehung zu den verschiedenen Stakeholdern und seiner
Bereitschaft, sich in seinem gesellschaftlichen Umfeld zu betätigen, abhängt.

Als Vorteile, die Unternehmen aus sozialem Engagement gewinnen, nennen die österreichischen
Berater **Peter Köppl** und **Martin Neureiter** in ihrem Buch „Corporate Social Responsibility: Leitlini-
en und Konzepte im Management der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen“ (2004)
beispielsweise:

- Das soziale Engagement von Unternehmen hat eine positive Wirkung auf das **Arbeitsklima**. Der Einsatz von sozial verantwortlichen Strategien trägt zur Motivation und Identitätsstiftung unter den Mitarbeitern bei, was sich wiederum positiv auf das Unternehmen auswirkt: Die Fähigkeit des Unternehmens, qualifizierte und motivierte Mitarbeiter für sich zu gewinnen und zu halten, nimmt zu.
- Soziales Engagement trägt dazu bei, das **Image** des Unternehmens in der Öffentlichkeit zu verbessern, das Firmenprodukt aufzuwerten und somit langfristige und nachhaltige Kundenbeziehungen zu entwickeln, was wiederum den Wettbewerbsvorteil des Unternehmens steigert.
- Ein verbessertes Image in der Öffentlichkeit durch die Einhaltung grundlegender sozialer und ökologischer Prinzipien steigern die **Reputation** eines Unternehmens an seinem Standort.
- In einem zunehmend komplexen und dynamischen internationalen Wettbewerbssystem, in dem soziales und ökologisches Dumping zu Ungleichgewichten in der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen führen, kann CSR ein wertvolles **Differenzierungselement** darstellen.
- Die Auswirkungen von CSR beschränken sich nicht nur auf das jeweilige Unternehmen, sondern werden auch auf die Geschäftspartner ausstrahlen.

Die Vorteile von CSR können den Aufwand der Implementierung kompensieren, indem sie zu einem nachhaltigen Unternehmenserfolg beitragen und den Unternehmenswert steigern können. Dafür spielen Transparenz und Kommunikation des Implementierungsprozesses eine Rolle.



Zweiter Teil: Auswertung der Umfragen unter Unternehmen, Studenten und Universitätsprofessoren

1. Globalisierung aus der Sicht der Entwicklungsländer

Der folgende zweite Teil enthält eine Zusammenfassung der Ergebnisse von Recherchen, die die italienische NGO Istituto di Cooperazione Universitaria ICU in Zusammenarbeit mit lokalen Universitäten in je einem Land Lateinamerikas, Afrikas und Südasiens durchgeführt und im Jänner 2004 abgeschlossen hat.

Die Recherchen sollten am Beispiel der Philippinen, El Salvador und Nigeria zeigen, inwieweit gesellschaftliche Verantwortung von europäischen Unternehmen in Entwicklungsländern umgesetzt und wie diese Bemühung von der informierten lokalen Bevölkerung (Studenten, Universitätsprofessoren und lokale leitende Angestellte multinationaler Unternehmen) wahrgenommen wird.

2. Der Kontext: Geschichte, Land und Leute

Die Entwicklung bis zur Unabhängigkeit, die derzeitige politische Situation, aktuelle Problemstellungen: die Realität, in der Globalisierung stattfindet.

2.1. Die Philippinen

Der Archipel der Philippinen wird seit der Steinzeit in mehreren Einwanderungswellen von Malayen besiedelt. Im 14. Jahrhundert bringen arabische Händler den Islam auf die südlichen Inseln. Als der Seefahrer **Fernão de Magalhães** (Ferdinand Magellan) 1521 die Inselgruppe entdeckt, beansprucht er



Philippinen – Facts & Figures

- Staatsform: Präsidialrepublik
- Unabhängigkeit (von den USA): 4.7.1946
- Fläche: 300.000 km² (7.107 Inseln)
- Bevölkerung: ca. 85 Mio.
- Bevölkerungswachstum: 1,6 %
- Hauptstadt: Manila
- Staatspräsident: Gloria Macapagal Arroyo (seit 2001)
- Offizielle Sprachen: Philippinisch und Englisch
- Ethnische Gruppen: christliche Malayen 91,5 %, muslimische Malayen 4 %, Chinesen 1,5 %, andere 3 %
- Religion: Katholiken 83 %, Protestanten 9 %, Moslems 5 %, Buddhisten und andere 3 %
- Lebenserwartung bei Geburt: 69,8 Jahre
- Alphabetisierungsrate von Erwachsenen: 92,6 %
- Bevölkerung unter der Armutsgrenze: 14,6 %
- HDI-Rang: 83 (von 177)
- DAC-Status: Lower Middle Income Country LMIC
- Prokopfeinkommen: 975 USD (2003)
- BIP-Wachstum (1990-2002): 1,1 %
- Inflation: 3,1 %
- Auslandsverschuldung: 60 Mrd. USD



Manila präsentiert sich als selbstbewusste, zukunftsorientierte Metropole.

sie für die spanische Krone. In den Jahren 1564 bis 1596 erobert Spanien den Archipel, der bis heute den Namen Philipps II. trägt. Mit der spanischen Kolonialmacht kommt auch die katholische Kirche ins Land, nur die südlichste Insel Mindanao bleibt muslimisch. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kommt es verstärkt zu Aufständen: Die Philippinos fordern zuerst mehr politische Rechte und schließlich die Unabhängigkeit. 1898 gelingt es der Bevölkerung, sich mit Hilfe der USA, die mit Spanien Krieg führen, von der spanischen Kolonialmacht zu befreien. Die Philippinen erklären sich daraufhin für unabhängig. Entgegen ursprünglichen Versprechungen erkennen die USA die Unabhängigkeit jedoch nicht an und annektieren die Philippinen. Als sich ankündigt, dass amerikanische Truppen das Land besetzen und kontrollieren werden, brechen erneut Revolten aus. Zwischen 1899 und 1913 werden hunderttausende Philippinos von amerikanischen Soldaten getötet. Die Amerikaner betreiben eine aggressive Dehispanisierungspolitik und forcieren die Verbreitung der englischen Sprache. Im Zweiten Weltkrieg besetzt Japan die Philippinen und hinterlässt das Land in einem verheerenden Zustand.

1946 werden die Philippinen von den USA in die Unabhängigkeit entlassen. Als Gegenleistung für die Hilfe beim Wiederaufbau können die USA ihre Militärstützpunkte behalten. 1965 gewinnt **Fernando Marcos** die Präsidentschaftswahlen. Er suspendiert grundlegende Freiheitsrechte und demokratische Institutionen, lässt oppositionelle Führer und Aktivisten verhaften. Korruption und Klientelismus werfen die Wirtschaft und die Entwicklung des Landes zurück. Menschenrechtsverletzungen stehen auf der Tagesordnung. Im Februar 1986 gelingt es der Oppositionsbewegung, Marcos zum Gang ins Exil zu zwingen. Unter der neuen Präsidentin **Corazón Aquino** beginnt sich das Land politisch zu erholen. 1990 kündigen die Philippinen das 1947 geschlossene Stützpunktabkommen mit den USA. Der 1992 gewählte Präsident **Fidel V. Ramos** legt den Grundstein zu Friedensgesprächen mit kommunistischen Aufständischen, muslimischen Separatisten und Militärrebellens. 1995 wird der Bürgerkrieg im Süden beigelegt, 1996 ein Friedensvertrag mit der muslimischen Moro National Liberation Front MNLF unterzeichnet. Die Splittergruppe Moro Islamic Liberation Front MILF unter Salamat Hashim setzt ihren bewaffneten Kampf für einen autonomen islamischen Staat auf der Insel Mindanao jedoch fort.

1997 verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation der Philippinen zunehmend. Der Staat hat mit einem riesigen Budgetdefizit und einer hohen Arbeitslosenrate zu kämpfen. 1998 wird der frühere Schauspieler **Joseph Estrada** zum Präsidenten gewählt. Im Zuge der asiatischen Finanzkrise 1999 führt Estrada gegen die Separatisten der MILF auf der Insel Mindanao einen Krieg, der mehr als eine halbe Million Menschen zur Flucht zwingt. 2001 setzt der oberste Gerichtshof Estrada wegen Bestechlichkeit, Korruption, Betrug und Verstößen gegen die Verfassung ab und nominiert **Gloria Macapagal-Arroya** zu seiner Nachfolgerin. Sie wird 2004 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt.

Trotz weltweiter wirtschaftlicher Stagnation und politischen Unruhen haben die Philippinen in den letzten fünf Jahren ein Wirtschaftswachstum von drei bis vier Prozent zu verzeichnen, das sich gleichmäßig auf den Landwirtschaftssektor, die Industrie und den Dienstleistungssektor verteilt. Der Anteil der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze verbessert sich im Jahr 2003 um elf Prozent auf 14,6 Prozent der Gesamtbevölkerung (Human Development Report 2004). 46,4 Prozent der Bevölkerung leben aber immer noch von weniger als zwei Dollar pro Tag, Unterernährung und Kindersterblichkeit stellen nach wie vor gravierende Probleme dar.

2.2. El Salvador

El Salvador ist das kleinste Land Mittelamerikas, gleichzeitig hat es die höchste Bevölkerungsdichte. Ausnahmezustände gehören in diesem Land fast zum Alltag: Der Hurrikan Mitch verschlechtert im Oktober 1998 die ohnehin schon schwierige Situation vieler Salvadorianer und richtet große Sachschäden an. Zwei Erdbeben belasten das Land 2001 zusätzlich. Heute, 13 Jahre nach Ende eines blutigen Bürgerkriegs (1979–1991), ist das Land auf dem Weg des Wiederaufbaus.

„Cuscatlan“ – wie die indigene Urbevölkerung der Pipils das Gebiet des heutigen El Salvador nannte – wird 1524/25 von Pedro de Alvarado für Spanien erobert und dem Generalkapitanat Guatemala zu-



El Salvador – Facts & Figures

Staatsform: Republik
Unabhängigkeit (von Spanien): 15.9.1821
Fläche: 21.040 km²
Bevölkerung: ca. 6,5 Mio.
Bevölkerungswachstum: 1,3 %
Hauptstadt: San Salvador
Staatspräsident: **Elias Antonio Saca Gonzalez** (seit 2004)
Offizielle Sprache: Spanisch
Religion: 92 % Katholiken, 8 % Protestanten
Lebenserwartung bei Geburt: 70,6 Jahre
Alphabetisierungsrate von Erwachsenen: 79,7 %
Bevölkerung unter der Armutsgrenze: 31,1 %
HDI-Rang: 103 (von 177)
DAC-Status: Lower Middle Income Country LMIC
Prokopfeinkommen: 2.144 USD (2002)
BIP-Wachstum (1990-2002): 2,1 %
Inflationsrate: 2,5 %
Auslandsverschuldung: 5,6 Mrd. USD



geordnet. 1821 erklären die Provinzen El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costa Rica ihre Unabhängigkeit und schließen sich bis 1849 zur „Zentralamerikanischen Konföderation“ zusammen.

Die Landwirtschaft bestimmt die soziale und politische Struktur El Salvadors schon seit vorkolonialer Zeit. Das größte Problem ist seit jeher die ungleiche Verteilung von Grund und Boden. Eine von den Militärs gestützte Oligarchie verteidigt den Landbesitz zu Ungunsten der besitzlosen Bauern („campesinos“), unter denen Armut, Analphabetismus und Unterernährung weit verbreitet sind. Aufstände – wie der 1933 vom Marxisten **Farabundo Martí** angeführte – werden vom Militär brutal niedergeschlagen. Nach dem vorherrschenden Modell des Monokulturexports (Kaffee, Baumwolle, Zucker) ist das Land zur effizienteren Produktion in große Einheiten („haciendas“) organisiert. Kleine, unfruchtbare Landflächen werden an die Campesinos verpachtet, die darauf angewiesen sind, zusätzlich auf den Plantagen von Großgrundbesitzern zu arbeiten.

Nach einem gewaltsamen Regierungssturz 1979 kommt es zu Aufständen der Landlosen, zur Bildung einer Guerillaarmee und in der Folge zum Bürgerkrieg, der rund 80.000 Menschenleben fordert. Im Februar 1992 wird ein Friedensvertrag zwischen der Regierung und der Guerilla geschlossen. Die politische Landschaft hat sich seither von einem autoritären zu einem demokratischen System hin entwickelt. Die rechtskonservative ARENA-Partei (Alianza Republicana Nacionalista de El Salvador) und die Opposition, die ehemalige Guerrilla FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) sind im Parlament vertreten. Am 21. März 2004 finden in El Salvador Präsidentschaftswahlen statt, die der Sportreporter und Radiounternehmer **Antonio Saca** von der Regierungspartei ARENA mit 57 Prozent der Stimmen gewinnt.

Die makroökonomischen Daten (Steigerung des BIP um zwei Prozent pro Jahr, eine Inflationsrate von 2,5 Prozent) sprechen für eine stabile wirtschaftliche Lage. Trotzdem leben immer noch 48 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, mehr als 25 Prozent der Kinder sind unterernährt, und Spannungen seit den Bürgerkriegstagen sind im Alltagsleben weiterhin präsent. Seit damals kämpft El Salvador mit einer hohen Gewaltrate, steigendem Drogenkonsum und Kinderprostitution. In El Salvador überwiegt weiterhin die Landwirtschaft. Eine Agrarreform für eine gerechtere Landverteilung hat nicht stattgefunden. Die Regierung bemüht sich, El Salvador als günstigen Investitionsstandort zu positionieren. Dazu gehören eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung und die Verbesserung der Infrastruktur des Landes. Die Maquilas, Freihandelszonen, in denen westliche Unternehmen – vor allem aus den USA – Industriebetriebe errichten, spielen eine wichtige Rolle für die industrielle Entwicklung des Landes, nachdem eine eigenständige Industrieentwicklung durch das Fehlen eines Binnenmarkts für industrielle Erzeugnisse kaum in Schwung gekommen ist.

2.3. Nigeria

Die Bundesrepublik Nigeria besteht aus 36 Bundesstaaten. Die Hauptstadt ist Abuja (bis 1991 Lagos). Mit 134 Millionen Menschen ist Nigeria das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Die Bevölkerung besteht aus mindestens 250 ethnischen Gruppen, die wichtigsten sind die Hausa im Norden (21,3 Prozent), die Yoruba im Westen (21,3 Prozent) und die Ibo/Igbo im Südosten (18 Prozent).

In vorkolonialer Zeit existieren auf dem Gebiet des heutigen Nigeria verschiedene Staaten, so zum Beispiel das Yoruba-Königreich Oyo oder die Emirate der Hausa, wie aber auch Gesellschaften ohne eine zentrale politische Autorität. Ab dem 15. Jahrhundert errichten Portugal, Holland und Frankreich an der Küste Handelsstützpunkte. Vom Sklavenhandel des 16. bis 18. Jahrhunderts profitieren die lokalen Staatsgebilde. Die Briten erobern 1861 Lagos, 1885 wird Nigeria britisches Protektorat und 1914 Kolonie. 1960 wird Nigeria in die Unabhängigkeit entlassen. Danach folgt ein Militärputsch

dem anderen. 1967 ruft die Ostregion die „Unabhängige Republik Biafra“ aus; es kommt zu kriegerischen Auseinandersetzungen, die erst 1970 beendet werden. Im Anschluss daran kommt das Land durch den Erdöllexport wirtschaftlich in Aufschwung: Nigeria wird der größte Erdölexporteur Afrikas. Haben bis dahin Agrarprodukte den Export dominiert (Kakao, Kaffee, Erdnüsse, Baumwolle, Palmöl und -nüsse), so machen nun Erdöl und seine Derivate mehr als 90 Prozent der Ausfuhren aus. Während der Militärdiktaturen wird es verabsäumt, Rücklagen anzulegen und die Wirtschaft zu diversifizieren. Landwirtschaft und Industrie, vor allem die Produktion für den lokalen Konsum, werden völlig vernachlässigt, weshalb Nigeria heute auf Nahrungsmiteleinfuhren und selbst auf den teuren Import von Benzin angewiesen ist: In Nigeria gibt es keine Erdöl-Raffinerien.

Die fast 20 Jahre andauernde Gewalt und Korruption der Militärdiktaturen führen zu politischer Instabilität. Seit der Hinrichtung des Schriftstellers und Umweltaktivisten **Ken Saro-Wiwa** im November 1995 unter der brutalen Militärdiktatur von General **Sani Abacha** gerät Nigeria unter massiven Druck: Die EU und die USA verschärfen ihre Sanktionen und die Commonwealth-Mitgliedschaft wird suspendiert. Abacha und sein Clan plündern die Staatskassen und schaffen das Geld auf ausländische Konten. 1,3 Milliarden US Dollar liegen noch immer auf 42 Londoner Konten lautend auf Abacha, seine Familienmitglieder und Freunde. Die nigerianische Regierung versucht seit dem Tod Abachas 1998 vergeblich, die britische Regierung zur Herausgabe der Gelder zu bewegen.

Die zahlreichen Regimewechsel und die Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds IMF haben große Teile der Bevölkerung verarmen lassen (mehr als 70 Prozent leben unter der Armutsgrenze) und die sozialen Konflikte verschärft. Erst 1999, nach dem Tod Abachas, erfolgte der Übergang zu einer Zivilregierung. **Olusegun Obasanjo** ist Staats- und Regierungschef. Um wirtschaftliches Wachstum und politische Stabilität langfristig sichern zu können, steht Obasanjo vor der Herausforderung, die ethnischen und religiösen Konflikte zwischen Christen und Moslems (vor allem im Norden) beizulegen, demokratische Institutionen und ein effizientes Rechtssystem einzuführen und die weitverbreitete Korruption und Misswirtschaft zu beseitigen.



Nigeria – Facts & Figures

Staatsform: Bundesrepublik (Dritte Republik) auf Basis der Verfassung von 1999
Unabhängigkeit (von UK): 1.10.1960
Fläche: 923.768 km²
Bevölkerung: ca. 134 Mio.; Bevölkerungswachstum 2,2 %
Hauptstadt: Abuja (bis 1991 Lagos)
Staatspräsident: Olusegun Obasanjo (seit 1999)
Offizielle Sprache: Englisch; rund 400 lokale Sprachen
Ethnische Gruppen: Hausa und Fulani (29 %), Yoruba (21 %), Igbo/Ibo (18 %), Ijaw (10 %), Kanuri (4 %), Ibibio (3,5 %), Tiv (2,5 %)
Religion: 40 % Muslime, 40 % Christen, 10 % indigene Religionen
Lebenserwartung bei Geburt: 51,6 Jahre
Alphabetisierungsrate von Erwachsenen: 66,8 %
Bevölkerung unter der Armutsgrenze: 70,2 %
HDI-Rang: 151 (von 177)
DAC-Status: Low Income Country LIC
Prokopfeinkommen: 328 USD (2001)
BIP-Wachstum (1990-2002): - 0,3 %
Inflation: 12,9 %
Auslandsverschuldung: 29,7 Mrd. USD



3. Die Recherche: Inhalte, Mitwirkende

Im folgenden die Themenbereiche der zwischen Mai 2003 und Feber 2004 durchgeführten Recherche sowie die aktiv beteiligten Institutionen und Personen

- **Analyse des CSR-Verhaltens von europäischen Unternehmen** mit Niederlassungen im jeweiligen Land: Die Interviews bestanden aus 26 Fragen zu den Themen Unternehmensprofil, Produktion, Mitarbeiter, Vorteile für das Unternehmen und für das Gastland (siehe Kasten Seite 33).
- **Wahrnehmung von CSR durch Wirtschafts- und Managementstudenten:** Die Fragebögen bestanden aus 18 Fragen zu vier Themenbereichen: die wirtschaftliche und soziale Situation des Landes; die Umsetzung von CSR seitens westlicher Unternehmen; die Auswirkungen der Globalisierung auf die lokale Wirtschaft; die Auswirkungen von CSR auf das Gastland (siehe Kasten Seite 38).
- **Wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage des Landes,** Politik der Regierung in Bezug auf ausländische Direktinvestitionen, CSR-Verhalten ausländischer Unternehmen und Auswirkungen der Globalisierung auf die lokale Wirtschaft. Dazu wurden im Rahmen von Arbeitsgruppen und Interviews **Universitätsprofessoren** befragt.

3.1. Mitwirkende auf den Philippinen

Durchführende Institution: University of Asia and the Pacific School of Management UAP

Leitung und Koordination: Prof. Rene C. Gayo, Präsident der School of Management, Marylou Gomez, Universitätsassistentin, und Ma. Celina F. Paguyo, Forschungsbeauftragte

Unternehmen: Zahlreiche Unternehmen und Institutionen waren bereit, sich an der Umfrage zu beteiligen. Die aktivsten waren:
Deutsche Bank, B. Braun Medical Supplies, Pilipinas Shell, SAP Philippines, Aventis Pharma, Fortis Bank, Philippine Scandinavian IT Services, GlaxoSmithKline, BNP Paribas, Total, Exel Philippines, Sanofi-Synthelabo, Bilfinger Berger Construction Inc., Targetti Phils. Inc., Newtech Pulp Inc., CPL Philippines, BG Consolidated Holdings, Lufthansa, L'Oreal Philippines, Compania de Filipinas, Unilever und Liquigaz Philippines

Universitäten: Far Eastern University, De La Salle University, University of Santo Tomas, University of the East, University of the Philippines, Philippine Normal University, Philippine Women's University, St. Paul College, St. Paul University, Ateneo de Davao, Siliman University, University of Cebu, Xavier University

3.2. Mitwirkende in El Salvador

Durchführende Institution: Universidad Católica de Occidente UNICO

Leitung und Koordination: Nery Francisco Herrera Pineda, Dozent für Agrarwirtschaft, Cenía Patricia de Ramirez, Dozentin für Betriebswirtschaftslehre, Teresa Jeannet Valencia Ayala, Biologieprofessorin, Juan Carlos Orellana, Dozent für Verwaltungsrecht



Blick auf Lagos, die frühere Hauptstadt Nigerias

Unternehmen: Embotelladora Salvadoreña, Cemento de El Salvador (CESSA), Henkel, Elfgas, Telefonía Móviles de El Salvador, TOPONORT, TELECOM, BBVA, CRECER, AFP, Calvo Conservas El Salvador, AES, ACAVISA

Universitäten: im westlichen Teil des Landes die Universidad Católica de Occidente in Santa Ana, im östlichen Teil die Universidad de El Salvador in San Salvador

3.3. Mitwirkende in Nigeria

Durchführende Institution: Lagos Business School

Leitung und Koordination: Juan M. Elegido, Präsident der Lagos Business School

Unternehmen: Die Unternehmen hielten ihre Antworten leider so allgemein und unspezifisch, dass sich daraus kein kohärentes Bild ableiten lässt. Von allen angefragten Unternehmen waren nur folgende bereit, am Projekt mitzuwirken:

A.G. Leventis Plc, Aluminium Manufacturing Company of Nigeria, Ashakacem Plc, Beta Glass Plc, Berger Paints Nigeria Plc, BOC Gases Nigeria Plc, Cappa D'Alberto Plc, Costain West Africa Plc, Cement Company of Northern Nigeria Plc, Evans Medical, First Aluminium Nigeria Plc, Guinness Nigeria Plc, IPWA. Plc, John Holt Plc, Julius Berger Nigeria Plc, May & Baker Nigeria Plc, Nestle Nigeria Plc

Universitäten: Universität von Ibadan, Universität von Ife und Universität von Lagos



4. Umfrage unter ausländischen Unternehmen

Die gelebte gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen wurde mittels eines Fragebogens erhoben. Mit einzelnen Mitarbeitern wurden zusätzlich Interviews geführt.

4.1. Ergebnisse der Umfrage unter Unternehmen auf den Philippinen

Unternehmensprofil Die Evaluierung der Fragebögen ergab, dass der Großteil der ausländischen Unternehmen auch auf Managementebene **lokale Arbeitskräfte** einsetzt. Dies erklärt sich einerseits durch das niedrigere Lohnniveau der einheimischen Mitarbeiter. Zum anderen bewerten die Unternehmen die beruflichen Fähigkeiten der lokalen Arbeitskräfte durchaus positiv.

Mitarbeiter Das **Durchschnittsalter** der einheimischen Beschäftigten liegt bei der Mehrzahl der befragten Unternehmen zwischen 31 und 38 Jahren, bei einem Viertel zwischen 25 und 30 Jahren,



Clariza R. Sabando, Marketingmanager, CPL Philippines

„CPL ist ein deutsches Software-Unternehmen und hat seit 1999 eine Niederlassung auf den Philippinen. Ich bin für das Marketing in Asien und Europa zuständig. Nach meinem MBA habe ich mich mit Hinblick auf Effizienz und Organisation dafür entschieden, für ein deutsches Unternehmen zu arbeiten. Hier habe ich die Möglichkeit, Karriere zu machen und Partnerschaftsperspektiven mit dem Unternehmen zu entwickeln. Zuerst waren die Beziehungen zur deutschen Geschäftsführung auf Grund der kulturellen Unterschiede etwas schwierig. Aber Dank der Offenheit, die uns Philippinos charakterisiert, konnten wir anfängliche Hürden überwinden. Corporate Social Responsibility bedeutet für mich, das Image der Philippinen im Ausland zu verbessern, indem wir unsere Arbeit exportieren. Außerdem bezahlen wir Steuern, handeln ökologisch und kümmern uns um die Ausbildung unserer Mitarbeiter, das ist unser größtes Anliegen. Ich weiß von vielen westlichen Unternehmen, die ihre Profite auf Kosten der Mitarbeiter maximieren. Ob das Land ausgebeutet wird, hängt vom einzelnen Unternehmen ab und von der Art, wie sie mit ihren Mitarbeitern umgehen. In unserem Fall sind die Mitarbeiter unser größtes Kapital.“

Fragebogen für die Unternehmen

I. Unternehmensprofil

1. Seit wann sind Sie in diesem Land tätig? seit ____ Jahren / seit ____ Monaten
2. Hat das Unternehmen Niederlassungen im Land? *ja* | *nein*
Wenn ja, wo?
3. Wie hoch ist der Prozentsatz/die Anzahl ausländischer Manager im Unternehmen?
4. Welche sind die Produktionsfelder des Unternehmens?
5. Wie hoch ist der Unternehmensumsatz?
6. Wie hoch sind die durchschnittlichen Produktionskosten?
7. Wie hoch ist das Produktionsvolumen?
8. Wie hoch ist der Durchschnittspreis des Endprodukts?
9. An wen werden die Produkte verkauft? *Großhändler* | *Einzelhändler* | *andere*
10. Wie werben Sie für Ihre Produkte/Dienstleistungen?
direktes Marketing | *Verkaufsförderung* | *Werbung* | *public relations* | *persönlicher Verkauf* | *andere*

II. Mitarbeiter

1. Wie viele Mitarbeiter hat das Unternehmen?
2. Wie hoch ist das durchschnittliche Alter der Mitarbeiter?
unter 18 | *19-24* | *25-30* | *31-38* | *39-45* | *46-57* | *58-65*
3. Wie hoch ist das jährliche Durchschnittseinkommen der Mitarbeiter?
4. Hat das Unternehmen einen eigenen Code of Conduct, der sich von der nationalen Gesetzgebung unterscheidet? *ja* | *nein*
5. Gibt es im Unternehmen eine Gewerkschaft? *ja* | *nein*
6. Wie viele Mitarbeiter sind Gewerkschaftsmitglieder?
7. Ist die Gewerkschaft des Unternehmens Gewerkschaften anderer Unternehmen ähnlich? In welchen Aspekten?
8. Welche sind die Hauptinteressen der Gewerkschaft Ihres Unternehmens?
9. Welche Arbeitszeiten hat Ihr Unternehmen?
10. Wie viele Jahre ist ein Mitarbeiter im Durchschnitt bei Ihrem Unternehmen angestellt? ____ Jahre
11. Ist es für das Unternehmen schwer, verfügbare Arbeitskräfte zu finden? *ja* | *nein*
Wenn ja, warum?
12. Wie viele Arbeitsunfälle ereignen sich durchschnittlich in einem Jahr?
Welche sind die häufigsten Ursachen dafür?
13. Welche Maßnahmen ergreift das Unternehmen, um sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen?

III. Vorteile

1. Welchen Nutzen zieht das Unternehmen aus seiner Tätigkeit im Gastland?
2. Welche Vorteile entstehen daraus für das Gastland?

IV. Globalisierung

1. Welche Vorteile bringt die Globalisierung dem Gastland?
2. Welche Nachteile bringt die Globalisierung dem Gastland?

V. Gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmens

1. Wie positioniert sich das Unternehmen in Bezug auf folgende Themen:
 - a. Corporate Governance
 - b. Umweltschutz
 - c. Menschenrechte und Arbeitsklima
 - d. Ethisches Investment
 - e. Community Involvement

Bitte geben Sie weitere konkrete Beispiele für gesellschaftlich verantwortliches Verhalten an.



bei einem Zehntel über 39 Jahren. Es konnte kein Fall von Kinderarbeit festgestellt werden. Die zahlreichen Maßnahmen und Programme der Regierung gegen Kinderarbeit scheinen effektiv zu sein.

- Die Mitarbeiter der befragten Unternehmen verdienen generell mehr als den Mindestlohn von 280 Philippine Pesos (entspricht 5 US Dollar) pro Tag. Der niedrigste registrierte **Arbeitslohn** beträgt 290, der höchste 800 Php pro Tag. Das Ministerium für Arbeit und Beschäftigung gibt an, dass die Zahl der Unternehmen, die zumindest den gesetzlichen Mindestlohn zahlen, im ersten Quartal 2002 um 80 Prozent gestiegen sei. Dies sei einer Verschärfung der Kontrollen seitens der Regierung zuzuschreiben. Das Ministerium ist derzeit dabei, gegen jene Unternehmen vorzugehen, die laut Prüfungen den gesetzlichen Mindestlohn nicht einhalten.
- Nur drei der befragten Unternehmen besitzen einen eigenen **Code of Conduct**, der über die gesetzlichen Arbeitsregelungen hinausgeht.
- Obwohl die philippinische Regierung die Bildung von **Gewerkschaften** unterstützt, zeigte die Analyse, dass sie in nur wenigen Unternehmen existieren. Bis vor einigen Jahren herrschte unter den Arbeitern ein Klima von starker Unzufriedenheit, das in mehreren Unternehmen zu Spannungen mit den Führungskräften führte. Seither sind die Aktivitäten der Gewerkschaften deutlich zurückgegangen, und es scheint, als ob Regierung, Unternehmen und die Arbeiter selbst sich darauf geeinigt hätten, dass Streiks keiner der beteiligten Parteien einen Vorteil bringen. Daraufhin stellte die Regierung ein Moratorium für Streiks auf, um der Wirtschaft durch ein „harmonischeres Betriebsklima“ zum Aufschwung zu verhelfen.
- Gewerkschaften setzen sich vor allem für höhere Arbeitslöhne und eine Krankenversicherung ein. Anders als bei den meisten Unternehmen sind der Gewerkschaft von *Aventis Pharma Inc.* Sicherheit am Arbeitsplatz und das Arbeitsklima ein besonderes Anliegen. Die Gewerkschaften der *Pilipinas Shell Petroleum* kümmern sich in erster Linie um die Dauer der beruflichen Laufbahn und das Lohnniveau.
- Ein Teil der Unternehmen bietet seinen Mitarbeitern flexible **Arbeitszeiten**, die meisten Unternehmen halten aber an festen Arbeitszeiten fest.
- Die **Beschäftigungsdauer** schwankt zwischen einem (beispielsweise in der IT-Branche) und 25 Jahren (in der Konsumgüterproduktion). Es scheint eine direkte Korrelation zwischen Beschäftigungsdauer und der CSR-Orientierung der Geschäftsführung zu geben. Bei *Novo Nordisk* ist die Mitarbeiterfluktuation um fünf Prozent zurückgegangen, seit das Unternehmen das Programm „Values in Action“ umgesetzt hat, mit dem es sich zu einer nachhaltigen Unternehmensstrategie bekennt. Bei *Sears* ist nach der Einführung von CSR-Aktivitäten die Mitarbeiterfluktuation sogar um 20 Prozent zurückgegangen.
- **Unfälle** am Arbeitsplatz passieren selten. Zwei Unfälle mit Gabelstaplern wurden innerhalb eines Jahres bei *Exel Philippines* registriert. Um solche Unfälle zu vermeiden, bietet die Firma ihren Mitarbeitern regelmäßig Ausbildungskurse an. Bei *Lufthansa Technik Phils* verunglückten fünf Mitarbeiter. Die *Pilipinas Shell Petroleum Corporation* meldete einige Unfälle, die auf die Fahrlässigkeit der Mitarbeiter zurückgeführt werden, da sie die vorgeschriebenen Sicherheitsuniformen nicht verwendeten. Jede Abteilung hat eigene Vorschriften in Bezug auf Sicherheit, Krankheitsfälle und Umwelt. Unfälle werden an den Hauptsitz des Unternehmens in London gemeldet.

Initiativen der Unternehmen Der Rückgang von gewerkschaftlicher Aktivität ist aus der Sicht der Unternehmer auch darauf zurückzuführen, dass viele der Unternehmen bereits Maßnahmen zur **Arbeitssicherheit und zur Verbesserung des Arbeitsklimas** umgesetzt haben.

Die befragten Pharmaunternehmen verfügen über ein Programm zur Motivation ihrer Mitarbeiter. Ansonsten sind die am häufigsten genannten Maßnahmen:

Jel Yap, Manager bei Unilever, Philippinen

„Ich arbeite seit vier Jahren bei Unilever. Für uns Philippinos ist die Arbeit bei ausländischen Unternehmen deshalb interessant, weil die Löhne höher sind und weil man mit Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft zusammenarbeitet. Ich bin davon überzeugt, dass multinationale Konzerne auf Grund von Investitionen, durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die gebotene Ausbildung zur wirtschaftlichen Entwicklung der Philippinen beitragen können. Die Wahrnehmung ausländischer Unternehmen bei der lokalen Bevölkerung hängt vom jeweiligen Unternehmen ab. Unilever achtet sehr auf die Umwelt und bietet Programme für Jugendliche an. Allerdings glaube ich, dass Unternehmen CSR nur zur Umsatzsteigerung in ihre Strategie einbauen. Unilever muss sein Image polieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben, und gute Beziehungen zu den Ländern bewahren, in denen seine Betriebe tätig sind. Natürlich sind die Programme zur gesellschaftlichen Verantwortung eine Möglichkeit, um etwas an das Gastland zurückzugeben.“



- Brandschutz und Sicherheitsmaßnahmen gegen Terror
- Regelmäßige Instandhaltung des Arbeitsplatzes
- Regelmäßige Gesundheitskontrollen
- Bereitstellung von ordnungsgemäßer Arbeitsplatzausstattung
- Krankenversicherung
- Beratung zum Thema Sicherheit
- Ärztliche Beratung und Bereitstellung von Gesundheitseinrichtungen
- Strenge Einhaltung des Verhaltenskodex des Unternehmens

In den Beziehungen zu ihren **Stakeholdern** verfolgen die Unternehmen individuelle Strategien. Alle sind sich jedoch darüber einig, dass ein verantwortliches Handeln gegenüber den Stakeholdern trotz höherer Kosten einen Mehrwert für das Unternehmen schafft.

Vorteile für Unternehmen Die Erhebung zeigt, dass das Kosten-Nutzenverhältnis für ausländische Unternehmen auf den Philippinen sehr positiv ausfällt.



Die **Vorteile** der Philippinen **für Unternehmen** lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Große Absatzmärkte
- Professionalität und Produktivität der lokalen Arbeitskräfte
- Steuerliche Anreize
- Niedrige Produktionskosten, billige Arbeitskräfte
- Strategische Lage des Landes
- Hohe Verfügbarkeit von Ressourcen

Einer der größten Vorteile für ausländische Unternehmen sei die Qualität der Arbeitskräfte, wird vom Ministerium für Handel und Industrie betont: Mit einer Alphabetisierungsquote von 92,6 Prozent liegen die Philippinen im Bereich **Bildung** an der Spitze der asiatischen Länder. Englisch wird an allen Schulen unterrichtet, der Großteil der Bevölkerung beherrscht die Sprache fließend. Jedes Jahr schließen 350.000 Studenten ein Universitätsstudium ab. Ein weiterer Vorteil ist die **strategische Lage** der Philippinen. Sie liegen im Herzen der Region, die sich in den letzten Jahren wirtschaftlich am schnellsten entwickelt hat. Sie liegen nur vier Flugstunden von den wirtschaftlichen Zentren Asiens entfernt. Das Land verfolgt außerdem eine privatisierungsorientierte Wirtschaftspolitik, bemüht sich um den Ausbau von Infrastruktur und die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Auslandsinvestoren.

Die **Vorteile für die Philippinen** in wenigen Punkten zusammengefasst:

- Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand
- Verbesserung der Bildung der lokalen Arbeitskräfte
- Verbesserung des Images der Philippinen im Ausland
- Steigerung des Bruttonationaleinkommens durch effizientere Nutzung lokaler Ressourcen, durch Export und Steuerabgaben
- Effizienzsteigerung der lokalen Industrie (so wurde beispielsweise durch die Ansiedlung von *Total* die Erdölindustrie angekurbelt)
- der Beitrag durch gesellschaftlich verantwortliches Verhalten seitens der Gastunternehmen

4.2. Ergebnisse der Umfrage unter Unternehmen in El Salvador

Unternehmensprofil Die Studie ergibt, dass der Großteil des **Managements** westlicher Unternehmen mit Europäern besetzt ist. Wenn auch die professionellen Fähigkeiten der lokalen Bevölkerung generell positiv bewertet werden, werden ihr keine Managementfähigkeiten zugetraut.

Mitarbeiter In 60 Prozent der befragten Unternehmen liegt das **Durchschnittsalter** der Mitarbeiter unter 39 Jahren, während es bei den restlichen 40 Prozent darüber liegt. Weder europäische noch amerikanische multinationale Unternehmen weisen Fälle von Kinderarbeit auf. Die Regierung führt strenge Kontrollen durch, zusätzlich sind multinationale Unternehmen strengen Vorschriften durch ihre Konzernzentralen unterworfen. Das lässt sich für koreanische und chinesische Unternehmen mit salvadorianischen Niederlassungen nicht im gleichen Maß behaupten: Ihr Umgang mit den Mitarbeitern gilt als bekannt autoritär.

- Bei den ungelernten Arbeitskräften halten sich die europäischen Unternehmen an den gesetzlichen **Mindestlohn** von monatlich 110 US Dollar, zusätzlich gibt es Produktivitätsprämien.
- **Gewerkschaften** sind in den befragten Unternehmen nicht vertreten. Angestellte riskieren den Verlust ihrer Arbeitsstelle, wenn sie sich einer organisierten Arbeitnehmerbewegung anschließen.
- **Unfälle** kommen selten vor, weil sich die Unternehmen an die gesetzlichen Vorschriften halten.

- Die **Arbeitszeit** beträgt acht Stunden pro Tag. Überstunden werden bezahlt, gleichzeitig gibt es Kurzarbeit ohne Lohnausgleich.
- Die durchschnittliche **Betriebszugehörigkeit** beläuft sich bei europäischen Unternehmen auf acht bis zehn Jahre, bei koreanischen Unternehmen lediglich auf zwei bis drei Jahre.
- Einige Unternehmen, die schon lange im Land operieren, wenden **Verhaltenskodizes** an, darunter ISO-9000. Umweltschutzmaßnahmen beschränken sich auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.

Initiativen der Unternehmen Die ausländischen Unternehmen versichern, dass ihre Sicherheits- und Sozialstandards über dem Durchschnitt der lokalen Standards liegen. Unter anderem führen sie folgende Maßnahmen an:

- Regelmäßige Instandhaltung des Arbeitsplatzes
- Sicherheitsmaßnahmen im Notfall
- Bereitstellung von Klimaanlage
- Soziale Events und Ausflüge für die Mitarbeiter



Thad Enyinna, Ingenieur bei Mobil, Nigeria

„Ich arbeite seit 28 Jahren bei Mobil. Ich werde gut bezahlt und habe die Möglichkeit, viel zu reisen und meiner Familie einen gewissen Lebensstandard zu bieten. Das Problem ist die Beziehung zu den westlichen Mitarbeitern. Nigerianer erreichen nie die Führungsebene eines Unternehmens, obwohl sie durchaus dazu ausgebildet wären. Die Gewerkschaften bemühen sich, dieses Problem zu beheben, es gelingt ihnen aber nicht. Außerdem richten die Unternehmen große Umweltschäden an, ohne dass die Regierung Maßnahmen dagegen ergreift. Durch die Demokratisierung hat sich schon etwas geändert. Früher erlaubte die Regierung ausländischen Unternehmen, in Nigeria ihre Profite zu machen, und ließ sie dann wieder gehen, ohne eine Gegenleistung zu fordern. Heute ist in der Bevölkerung eine größere Sensibilität vorhanden. Die Erwartungen an die Regierung und an die Konzerne sind gestiegen.“



Vorteile für Unternehmen Hauptmotiv für die Präsenz in El Salvador sind einhellig die niedrigen **Lohnkosten**. Manche Unternehmen wie *Telecom* und *Henkel* führten **neue Absatzmärkte** als entscheidenden Faktor an. Dies gilt auch für einen Teil der Textilindustrien, die hauptsächlich Zwischenprodukte für den Export produzieren. Ähnlich wie auf den Philippinen verfolgt El Salvador eine **Privatisierungspolitik** und bemüht sich, günstige Rahmenbedingungen für Auslandsinvestoren zu schaffen. So bieten die **Freihandelszonen**, wo sich viele ausländische Textilunternehmen niederlassen, beachtliche steuerliche Anreize. Zusätzlich führte die Regierung den US Dollar als **Zweitwährung** ein, um ausländischen Investoren Währungsstabilität zu bieten.

4.3. Ergebnisse der Umfrage unter Unternehmen in Nigeria

Wie bereits angeführt, war es in Nigeria leider nicht möglich, ein repräsentatives Bild zu erhalten, da zu wenige Unternehmen bereit waren, den Fragebogen auszufüllen.

5. Umfrage unter Universitätsstudenten

Die Fragebögen wurden in allen Ländern an Wirtschaftsstudenten verteilt. Die Aussagen spiegeln eine kritische Haltung und Hoffnungen gleichermaßen wieder.

5.1. Ergebnisse der Umfrage unter Studenten auf den Philippinen

Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes Alle Studenten streichen die wirtschaftliche Instabilität ihres Landes heraus und geben als Hauptursachen dafür die Korruption der Regierung und den Terrorismus an. Die Abwertung der nationalen Währung wird auf die Ineffizienz der Regierung zurückgeführt. Die hohe Arbeitslosigkeit führt zur Verarmung vieler; gleichzeitig öffnet sich die Schere zwischen armen und reichen Bevölkerungsschichten. Die Erwartungen für die Zukunft sind unterschiedlich: Die einen sehen für die Philippinen keine Entwicklungschancen, da die Wirtschaft des Landes zu sehr von externen Faktoren abhängig sei. Andere sind optimistischer und sehen die wirtschaftliche Lage des Landes stärker von internen Faktoren abhängig, vor allem von politischer Stabilität. In Bezug auf die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen ausländischer Direktinvestitionen unterstreichen die Studenten Vorteile wie Arbeitsplätze, Kapitalzufluss, Technologietransfer, Ausbildung und internationale Anerkennung, zeigen sich aber gleichzeitig allgemein skeptisch. Viele befürchten, dass lokale Unternehmen im Wettbewerb gegen multinationalen Konzerne nicht mithalten können, und bangen um die nationale Kultur.

Wahrnehmung des gesellschaftlich verantwortlichen Verhaltens der Unternehmen

65 Prozent der Studenten sind der Meinung, dass multinationale Konzerne das Land ausbeuten und dabei vor allem von der Nutzung natürlicher Ressourcen profitieren. Außerdem sind sie der Ansicht, dass Produkte westlicher Unternehmen im Verhältnis zu den niedrigen Produktionskosten zu teuer verkauft werden. Abgesehen von gesetzwidrigem Verhalten westlicher Unternehmen empfinden ein Viertel der Befragten bereits die Privatisierung der Industrie und deren Übernahme durch multinationale Konzerne gewissermaßen als Ausbeutung des Landes. Allerdings wird die Schuld dafür vor allem der Regierung zugeschoben, da sie ihrer Pflicht, für den sozialen und ökologischen Bereich verbindliche Vorschriften festzulegen, nicht nachkomme und die bestehenden Gesetze nicht ordnungsgemäß durchsetze. Ein gutes Zehntel der Studenten ist davon überzeugt, dass ausländische Direktinvestitionen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern.

Die meisten Studenten sind der Ansicht, dass **lokale Arbeitskräfte** in die Führung von Niederlassungen westlicher Unternehmen eingebunden sind. Acht Prozent geben an, dass viele lokale Manager geschult werden, „ausländisch zu denken“, um die Interessen der Shareholder zu befriedigen. Gleichzeitig sind 88 Prozent der Studenten überzeugt, dass ausländische Unternehmen nicht ausschließlich die Maximierung von Profiten anstreben und dass sie zur **Verbesserung der sozio-ökonomischen Verhältnisse des Landes** beitragen. Dies vor allem dadurch, dass sie die lokale Gesetzgebung respektieren, was den Staat als Ganzes stärkt, soziale Programme durchführen, Geld spenden, gemeinnützige Stiftungen gründen und Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung schaffen. Zwölf Prozent glauben nicht, dass die Unternehmen ihr Bestes tun, um die gesellschaftlichen Umstände zu verbessern, halten CSR für eine reine PR-Maßnahme und führen Beispiele von Unternehmen an, die dafür bekannt sind, dass sie die lokalen Arbeitskräfte ausbeuten. 65 Prozent der befragten Studenten sind davon überzeugt, dass ausländische Unternehmen mehr zum **Wohl des Landes** beitragen als lokale, was Gehälter und Innovationen betrifft, nicht aber CSR-Programme. 19 Prozent meinen, dass ausländische Unternehmen mehr im Land ausgeben sollten und dass der Großteil der Gewinne westlicher Unternehmen wieder in das Ursprungsland zurückfließt. 16 Prozent wünschen sich eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen aus- und inländischen Unternehmen.

Wahrnehmung der Globalisierung Die Studenten sind sich darüber einig, dass die Globalisierung ein unaufhaltbarer Prozess ist und für das Land große Möglichkeiten auf Entwicklung öffnet.

Fragebogen für Studenten von Wirtschaftsuniversitäten

I. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage auf den Philippinen

1. Welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse herrschen derzeit auf den Philippinen?
2. Welche sind die wirtschaftlichen Auswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen?
3. Welche sind die gesellschaftlichen Auswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen?
4. Wie tragen ausländische Unternehmen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes bei?
5. Was unternimmt die Regierung, um die Kluft zwischen reichen Ländern und den Philippinen zu vermindern?

II. Management und CSR-Verhalten

1. Finden Sie, dass ausländische Direktinvestitionen zur Ausbeutung des Landes führen? Wenn ja, inwiefern?
2. Welchen Einfluss hat die nationale Gesetzgebung auf das Verhalten westlicher Unternehmen?
3. Tragen die ausländischen Unternehmen zur gesellschaftlichen Entwicklung des Landes bei?
4. Wenn ja, wie?
5. Ist der Beitrag westlicher Konzerne zur Entwicklung höher oder niedriger als der nationaler Unternehmen?

III. Wahrnehmung der Globalisierung

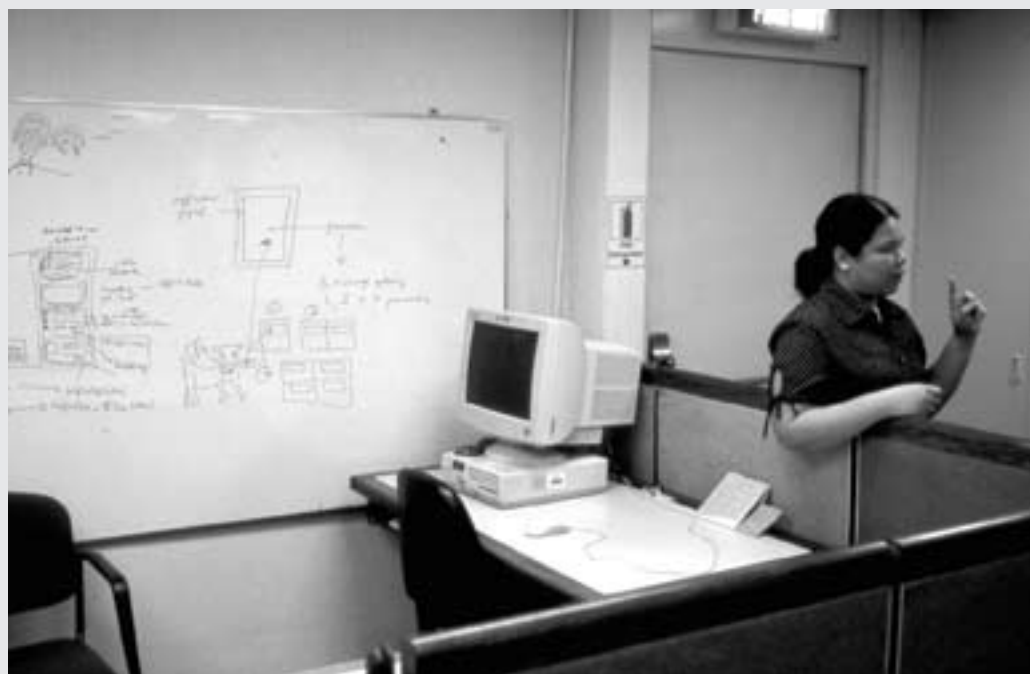
1. Was denken Sie über die Globalisierung?
2. Welche sind ihre positiven Auswirkungen?
3. Welche sind ihre negativen Auswirkungen?
4. Stimmen Sie der folgenden Aussage zu? „Der Süden ist arm, weil der Norden reich ist, und der Norden ist reich, weil der Süden arm ist.“

IV. Zukunftsperspektive und Beschäftigungserwartungen

1. Wo würden Sie nach Abschluss Ihres Studiums gerne arbeiten?
2. Würden Sie gerne in einem internationalen Unternehmen arbeiten? Wenn ja, warum?

V. Wahrnehmung von CSR

1. Was halten Sie von der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen?



Cathy Clarin, Managerin bei Shell, Philippinen.

„Ich habe 2001 mit einem Praktikum bei Shell angefangen. Shell bezahlt seine Mitarbeiter gut, und die Arbeitsatmosphäre ist sehr dynamisch. Heute gibt es von Shell eine gemeinnützige Stiftung, die in den Philippinen tätig ist, seither hat auch das Image des Unternehmens gewonnen. Shell hat sich dazu verpflichtet, der Gesellschaft, in der sie operieren, durch die Umsetzung eines Verhaltenskodex etwas zurückzugeben. Shell fördert Gesundheitsprogramme und gesellschaftliche Aktivitäten, setzt sich für den Umweltschutz ein und führt an Mittelschulen in erster Linie berufsausbildende Programme durch. Multinationale Konzerne tragen zur Entwicklung der Philippinen bei, indem sie Arbeitsplätze schaffen und die Ausbildung der Bevölkerung fördern. Investitionen in den Philippinen rentieren sich, weil die Arbeitskräfte billig und trotzdem gut ausgebildet sind.“

Einige befürchten radikale kulturelle Veränderungen und langfristig eine steigende Arbeitslosigkeit. Unter den **positiven Aspekten** werden bessere Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten, vermehrte Investitionen aus dem Ausland, die Aufwertung des nationalen Images, die Möglichkeit zu Wirtschaftskooperationen und die Steigerung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit genannt.

Zu den **negativen Aspekten** werden kulturelle Vereinheitlichung, der Verlust von Werten, die Vergrößerung der Kluft zwischen reichen und armen Ländern und das Risiko einer zunehmenden Abhängigkeit von den Industrieländern gezählt. Einige meinen, die Globalisierung entblöße die Schwächen des Landes und öffne Auslandsinvestoren die Möglichkeit, die lokale Wirtschaft zu kontrollieren. Eine knappe Mehrheit glaubt nicht, dass die Armut des Südens vom Reichtum des Nordens abhängt. Jedes Land habe die Chance, sich am internationalen Markt zu profilieren, jedes Land sei für das eigene Schicksal verantwortlich und müsse seine eigene Entwicklungsstrategie entwerfen. Dazu einer der Studenten: „Der Fortschritt eines Landes hängt nicht von seiner geographischen Lage ab, sondern von seinen Fähigkeiten. Ein Land ist reich, wenn es über kompetente Führungskräfte verfügt, die in der Lage sind, eine gute Entwicklungsstrategie zu entwerfen. Viel hängt von der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bevölkerung bei der Maximierung der nationalen Ressourcen ab. Der Wohlstand eines Landes hängt vom ‚Charakter‘ seiner Einwohner ab.“ Ein Drittel der Studenten sieht einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Reichtum der industrialisierten

Länder und der Armut in den Entwicklungsländern. Der Norden beute den Süden aus, die Schuld liege häufig bei der WTO, die mit ihrer Politik die reichen Länder unterstütze. Acht Prozent sind der Meinung, dass die Armut des Südens „manchmal“ vom Norden abhängt.

Zukunftsperspektiven und Arbeitserwartungen Die meisten der Befragten möchten Unternehmer werden, um selbstständig Entscheidungen treffen zu können. 24 Prozent würden gerne im IT-Sektor arbeiten, andere im Kommunikationssektor, im Bereich Human Resources, im Dienstleistungs- und Finanzsektor. 69 Prozent würden gerne in einem ausländischen Unternehmen arbeiten, weil sie dort größere Karrierechancen sehen, 19 Prozent ziehen den „philippinischen Unternehmensstil“ vor, zwölf Prozent geben keine Präferenz an.

Wahrnehmung von CSR Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen wird als **ethisch richtig** empfunden. Sie sei eine Chance für Unternehmen, der Gesellschaft eine Gegenleistung für den erwirtschafteten Gewinn zu erbringen. Die Studenten sind der Meinung, dass jedes Unternehmen zur Förderung der Gesellschaft, in der es tätig ist, beitragen sollte. Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen könne verschiedene Formen annehmen, aber alle sind sich darin einig, dass CSR ein notwendiger Faktor zur Erreichung der Unternehmensziele sei. Trotzdem finden sie, dass CSR auf Freiwilligkeit basieren sollte.

5.2. Ergebnisse der Umfrage unter Studenten in El Salvador

Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt die **sozio-ökonomische Situation** in El Salvador als extrem negativ und verweist dabei vor allem auf die ungleiche Verteilung des Vermögens und die besonders schwierigen Verhältnisse in den Slums der größeren Städte. Ein knappes Viertel der Studenten bewertet die Lage als „ziemlich schlecht“. Ein weiteres knappes Viertel zeigt sich optimistisch und zwei Prozent beschreiben die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse als „sehr positiv“. Mehr als die Hälfte der Studenten sieht in der Präsenz multinationaler Konzerne Chancen für Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Lebensbedingungen. Weniger als ein Viertel vertritt den Standpunkt, dass **ausländische Direktinvestitionen** keinen Einfluss auf das nationale Wirtschaftswachstum haben, da die Gewinne ins Ausland abfließen und die billigen salvadorianischen Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Ein Fünftel der Studenten sieht im vermehrten Zuzug ausländischer Unternehmen eine Gefahr für einheimische Firmen und ein Zehntel sieht im Abfließen der Gewinne die einzige negative Konsequenz für El Salvador. Fast zwei Drittel der Befragten werfen der **Regierung** vor, die Steuerpolitik begünstige ausländische Unternehmen und sei eine Ursache für die Missstände. Nur ein Zehntel begrüßt die von der Regierung vertretene Politik. Vier Prozent sind der Ansicht, die Regierung könnte mehr unternehmen, um ausländische Investoren anzuziehen.

Wahrnehmung des gesellschaftlich verantwortlichen Verhaltens der Unternehmen 92 Prozent der Studenten fühlen sich durch niedrige Löhne und umweltschädliche Produktionsweisen westlicher Unternehmen ausgebeutet. Nur wenige sind der Ansicht, dass die nationalen Kontrollen keine kontinuierliche Verletzung der Gesetze zulassen und die Präsenz von multinationalen Konzernen El Salvador eine positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht. **Gewerkschaften** scheinen in El Salvador nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten zu haben. Mehr als die Hälfte der Studenten ist der Ansicht, dass lokale Arbeitskräfte keinen Einfluss auf langfristige Unternehmensentscheidungen haben. Ein Drittel meint, dass ausländische Unternehmen bessere **Arbeitsbedingungen** bieten als die lokalen. 64 Prozent der Studenten sehen diesen Unterschied nicht. 68 Prozent wünschen, dass ausländische Unternehmen genauso kontrolliert werden wie salvadorianische Unternehmen, 16 Prozent halten die **Kontrollmaßnahmen** für ausreichend.



Wahrnehmung der Globalisierung Die meisten Studenten halten die Globalisierung für ein positives Phänomen. Sie trage zur Steigerung von Wettbewerb und Produktion bei, führe zu einem größeren Dienstleistungs- und Warenfluss, biete den Konsumenten eine größere Produktauswahl und fördere den Austausch zwischen verschiedenen Kulturen. Ein Drittel lastet der Globalisierung die Schädigung kleiner Unternehmen, den Verlust der eigenen kulturellen Identität und die Ausgrenzung von Ländern an, die auf den Globalisierungsprozess nicht vorbereitet sind. Zwei Drittel der Studenten halten die **Bemühungen der Regierung**, die Kluft zu den industrialisierten Ländern zu verringern, für nicht ausreichend. 22 Prozent wünschen sich eine Politik der verstärkten Förderung von ausländischen Direktinvestitionen, acht Prozent glauben, dass eine Unterstützung der nationalen Industrien vorteilhafter wäre, und vier Prozent halten staatliche Investitionen in die Ausbildung der eigenen Bevölkerung für primär erstrebenswert. Zwei Drittel der Studenten vertreten die Ansicht, dass jedes Land für seinen eigenen Wohlstand verantwortlich sei und dass die **Misstände im globalen Süden** mangelnder Ausbildung und internen Konflikten zuzuschreiben seien. Die übrigen beschuldigen den Norden des Imperialismus und machen internationale Institutionen für den Rückstand der Entwicklungsländer verantwortlich. Die Studenten **erwarten** sich von ausländischen Unternehmen gerechtere Arbeitslöhne, einen stärkeren Technologietransfer und vor allem größere Reinvestitionen der Gewinne im Inland. Manche erwarten auch einen Beitrag zur Entwicklung des Landes durch die Schaffung von Infrastruktur.

Zukunftsperspektiven und Arbeitserwartungen 70 Prozent der Befragten wünschen sich einen Job in einem ausländischen Unternehmen. Als Gründe dafür geben sie bessere Einkommens- und Karrierechancen und mehr Sicherheit am Arbeitsplatz an. 30 Prozent ziehen einen Arbeitsplatz in nationalen Unternehmen vor, „um zur Entwicklung ihres Landes beizutragen“.

Wahrnehmung von CSR Die meisten Studenten halten CSR für eine reine PR-Maßnahme und glauben nicht, dass sie zu den Prioritäten westlicher Unternehmen zählt. Wenige meinen, dass multinationalen Konzerne zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung von El Salvador beitragen.

5.3. Ergebnisse der Umfrage unter Studenten in Nigeria

Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes Die Hälfte der befragten Studenten beurteilt die **sozio-ökonomische Situation** des Landes als schwierig. Ein gutes Drittel hebt die Fortschritte der nigerianischen Wirtschaft seit der Demokratisierung hervor. Eine kleine Minderheit der Studenten ist optimistisch, nur sehr wenige bewerten die gegenwärtige Lage als „sehr positiv“. Viele sehen die zunehmenden **ausländischen Direktinvestitionen** mit einem kritischen Auge, weil sie eine Verdrängung der lokalen Unternehmen vom Markt befürchten und der Meinung sind, dass der Großteil der Gewinne ins Herkunftsland der ausländischen Unternehmen zurückfließt. Als positiv werden die Schaffung von Arbeitsplätzen und die daraus resultierende Verbesserung des Lebensstandards bewertet. Knapp die Hälfte bemängelt, dass die **Regierung** ausländische Direktinvestitionen zu Lasten der nationalen Wirtschaft fördere, während 40 Prozent diese Politik als positiv empfinden. Eine kleine Minderheit hält die günstigen Bedingungen, die ausländischen Unternehmen geboten werden, für übertrieben.

Wahrnehmung des gesellschaftlich verantwortlichen Verhaltens der Unternehmen 88 Prozent der Studenten denken, dass westliche Unternehmen durch niedrige Löhne, ungleiche Verteilung der Gewinne, Zwischenhandel, Vernachlässigung der lokalen Wirtschaft, Steuerhinterziehung, Abfluss der Gewinne ins Ausland und verantwortungsloses Verhalten die lokale Gesellschaft ausbeuten. Sechs Prozent hingegen unterstreichen die Notwendigkeit dieser Unternehmen, ihre Kosten zu decken, und weisen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen hin. Sechs Prozent geben



Eguarekhide Longe, Konsulent bei Shell, Nigeria

„Ich arbeite seit 2001 bei Shell. Ich habe mich aus wirtschaftlichen Gründen und wegen der Möglichkeit, mich beruflich weiterzuentwickeln, dazu entschlossen, in einem multinationalen Unternehmen zu arbeiten. Die Präsenz ausländischer Unternehmen ist für uns ein Vorteil, obwohl diese nicht hier sind, um dem Land aus der Misere zu helfen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Shell ist hier keine Ausnahme. Wie alle anderen westlichen Unternehmen sind sie gekommen, um Gewinne zu machen. Sie geben nichts an das Land zurück, wenn sie nicht dazu gezwungen werden. Was sie hier tun, wäre woanders nicht erlaubt, aber es liegt an der Regierung, die Regeln festzusetzen. Außerdem bringen ausländische Unternehmen Vorteile in Gebiete, in die die Regierung nicht vordringt. Nigerianische Unternehmen sind nicht wettbewerbsfähig und schlecht organisiert. Ich bin davon überzeugt, dass es nicht nur einen Weg der Entwicklung gibt, dazu sind verschiedene Elemente notwendig. Ein kritischer Punkt ist zum Beispiel der Mangel an Visionen. Wir brauchen Leadership auf allen Ebenen, nicht nur auf Regierungsebene. Die Nigerianer müssen lernen, Mehrwerte zu schaffen. Wir brauchen einen Mittelstand, der sich des Wettbewerbsniveaus auf globaler Ebene bewusst ist. Wir brauchen mehr politische Stabilität. Und auch wenn die multinationalen Konzerne diesen Prozess fördern, sind verstärkte Maßnahmen der Regierung notwendig.“

keine Antwort ab. Im Übrigen wird auf die starke Einschränkung der **Gewerkschaften** und auf den begrenzten Einfluss lokaler Mitarbeiter auf Unternehmensentscheidungen hingewiesen. Bei einem Vergleich der **Arbeitsbedingungen** in multinationalen und lokalen Unternehmen erklären 57 Prozent der Befragten, dass in Bezug auf Löhne, Krankenversicherung, Sicherheit am Arbeitsplatz und Arbeitsklima die Standards in den internationalen Unternehmen viel höher liegen. Allerdings weisen einige darauf hin, dass ausländischen Arbeitskräften bessere Bedingungen geboten werden.

Wahrnehmung der Globalisierung Die Mehrheit der Studenten sieht in der Globalisierung für Nigeria in Hinblick auf Markterweiterung, Technologietransfer und Zugang zu Informationen eine große Chance. Unter den **positiven** Aspekten werden die Steigerung der Produktivität durch verstärkten Wettbewerb, die Verbesserung der Kommunikationstechnologien, größere Dienstleistungs- und Warenflüsse und ganz allgemein die Chance auf ein höheres Wirtschaftswachstum angeführt. Als **negativ** für Entwicklungsländer wird vor allem das Risiko erwähnt, wegen mangelnder Wettbe-



werbsfähigkeit vom internationalen Markt ausgeschlossen zu werden. Daher wünschen sich viele verstärkte Maßnahmen der Regierung zur Verminderung der Kluft zwischen armen und reichen Ländern. Mehr als die Hälfte der Befragten glaubt, dass der Norden zumindest teilweise für die Armut im Süden verantwortlich sei, weil er seinen technologischen Vorteil auf Kosten des Südens ausnütze. Einige sprechen von „Neokolonialismus“ und „internationalen Verschwörungen“. Andere sehen diesen Zusammenhang nicht und machen politische Unruhen, Korruption, das niedrige Bildungsniveau und eine verfehlte Wirtschaftspolitik für die Missstände in Nigeria verantwortlich. Eine Meinung dazu: „Die ärmsten Menschen und die ärmsten Nationen sind nicht jene, die keinen Reichtum besitzen, sondern jene, die keine Visionen haben.“ Die meisten Studenten **erwarten** jedoch ein zunehmendes Verantwortungsbewusstsein westlicher Unternehmen und hoffen auf eine Reinvestition der Gewinne in Nigeria, auf verstärkten Technologietransfer und auf Anreize für die Wiederbelebung des Agrarsektors. Im gesellschaftlichen Bereich erwarten die Studenten mehr Entwicklungsprogramme, mehr Umweltbewusstsein und eine verstärkte Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften.

Corporate Social Responsibility-Definitionen aus aller Welt

Einige Definitionen von CSR, die außerhalb von Europa entwickelt wurden.

- Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen heißt für das **Mexikanische Institut für Philantropie** (Centro Mexicano para la Filantropia – CEMEFI), für die soziale Entwicklung eines Landes zu arbeiten, Zeit, Bezahlung und Ressourcen in die Schaffung einer Zukunft mit größeren Chancen für alle zu investieren, d. h. in die Menschen zu investieren, damit sie durch die Integration und Bindung an die Gemeinschaft zu Protagonisten der Veränderung werden. Sozial verantwortlich ist ein Unternehmen, das wirtschaftlich erfolgreich ist, Arbeitsplätze schafft, Steuern zahlt und seine unternehmerische Kreativität dazu nützt, Probleme der Gemeinschaft zu identifizieren und Alternativen zu deren Lösung vorzulegen. Weshalb? Weil alle davon profitieren. Die Investitionen, die Unternehmen für Entwicklung bereitstellen, tragen dazu bei, den Lebensstandard aller Bewohner eines Landes zu verbessern. Für die Unternehmen ergeben sich dadurch eine Reihe von Vorteilen für die Beziehungen, die sie mit ihren Aktionären, Angestellten, Lieferanten, Gläubigern und Konsumenten aufbauen.
- Für die US-amerikanische Plattform **Business for Social Responsibility BSR** fallen Unternehmensentscheidungen, die in enger Verbindung zu ethischen Werten getroffen werden, die gesetzlichen Anforderungen erfüllen und Respekt vor Personen, Bevölkerung und Umwelt ausdrücken, unter CSR. CSR ist die Praxis eines Unternehmens, die das Ethische, Legale, Kommerzielle und die Erwartungen, die die Gesellschaft an das Unternehmen richtet, einhält oder sogar übertrifft.
- Für die chilenische **Acción Responsabilidad Social Empresarial** gibt es nicht nur eine Definition von CSR. Generell bedeutet CSR die Vision von Unternehmen, die den Respekt für ethische Werte, Personen, Bevölkerung und Umwelt beinhalten. Führende Unternehmen sehen in CSR mehr als nur die Gesamtheit von punktuellen Praktiken, gelegentlichen Initiativen oder Marketingkampagnen, Public Relations oder unternehmerischen Wohltaten. Sie betrachten sie eher als eine Palette von Politiken, Handlungsweisen und Programmen, die in die unternehmerische Tätigkeit integriert sind, die den Entscheidungsprozess tragen und von der Geschäftsführung belohnt werden.
- Für das brasilianische **Instituto Ethos** ist gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen eine Form der Unternehmensführung, die zu einem mitverantwortlichen Partner für soziale Entwicklung wird. Gesellschaftlich verantwortlich ist ein Unternehmen, das die Fähigkeit besitzt, die Interessen der verschiedenen Gruppen (Aktionäre, Mitarbeiter, Lieferanten, Konsumenten, Gesellschaft, Regierung und Umwelt) wahrzunehmen und in die Planung der Aktivitäten einzubinden. Dabei muss versucht werden, die Forderungen aller und nicht nur der Aktionäre und Eigentümer zu berücksichtigen.
- Für die **Unternehmensgruppe des Unternehmers Stephan Schmidheiny (Grupo Nueva)** ist CSR das Management der positiven und negativen Auswirkungen der Unternehmensaktivitäten auf die Stakeholder. Jedes Unternehmen muss überlegen und entscheiden, welche die prioritären Stakeholder sind und wie das Handeln in der Gesellschaft sein muss, damit es über den Begriff der Philantropie hinausgeht und das Unternehmen zu einem guten Corporate Citizen wird.

Zukunftsperspektiven und Arbeitserwartungen 74 Prozent der Studenten hoffen auf eine Karriere in einem ausländischen Unternehmen. Als Gründe dafür geben sie bessere Arbeitsbedingungen, höhere Stabilität, bessere Organisation, höhere Gehälter und bessere Zukunftsperspektiven an. Nur sechs Prozent würden sich weigern, in einem ausländischen Unternehmen zu arbeiten, „weil diese ihre Arbeitskräfte ausbeuten und kein Interesse an der lokalen Gemeinschaft zeigen“.

Wahrnehmung von CSR Die meisten Studenten haben diese Frage nicht beantwortet. Einige meinen, dass die gesellschaftliche Verantwortung westlicher Unternehmen unterhalb ihrer Erwartungen liege. Andere wünschen sich mehr Engagement bei der Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer und die Einhaltung nationaler Gesetze.

6. Gespräche mit Universitätsprofessoren

Mit Management- und Wirtschaftswissenschaften wurden an den Universitäten, die die Durchführung der Recherchen übernommen hatten, Arbeitskreise abgehalten. Die Gespräche orientierten sich thematisch am Fragebogen für Studenten.

6.1. Gespräche mit Wirtschaftsfachleuten auf den Philippinen

Alle Beteiligten äußern ihre Besorgnis angesichts der sozio-ökonomischen Situation auf den Philippinen: hohe Inflation, Arbeitslosigkeit, 42 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und große gesellschaftliche Ungleichheiten. Als schwerwiegendste Probleme werden politische Instabilität und Korruption genannt. Korruption wird als Hauptursache für die hohen Betriebskosten und Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten angegeben. Die *Presidential Anti-Graft Commission PAGC* ist ununterbrochen im Einsatz. Auch auf Menschenrechtsebene ist nicht alles in bester Ordnung: Willkürliche Festnahmen, Gebrauch von Foltermaßnahmen, Kinder- und Frauenhandel gehören zum Alltag. Und die philippinische Regierung erkennt den 1966 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten *UN Covenant on Civil and Political Rights* (Internationaler Pakt über zivile und politische Rechte) nicht an.

Ausländische Direktinvestitionen Allerdings sehen die Professoren Hoffnung für die Zukunft: Das BIP ist in den letzten Jahren gestiegen: Dafür sind hauptsächlich die **ausländischen Direktinvestitionen** in Freihandelszonen wie Clark, Cavite und Bataan verantwortlich. Das Urteil über die Präsenz westlicher Unternehmen ist generell positiv: Sie haben dazu beigetragen, Arbeitsplätze zu schaffen, Kapital zu vermehren, Technologien in die lokale Wirtschaft zu bringen und die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz zu steigern. Besonders fällt die zunehmende Nachfrage nach Call Center Telefonisten auf. Das Ministerium für Handel und Industrie erwartet, dass dieser Sektor im Jahr 2005 Arbeitsplätze für etwa 100.000 Menschen bereitstellen wird. Die zunehmende Beschäftigung in ausländischen Unternehmen scheint darüber hinaus auch die Familienstrukturen zu verändern: Viele Arbeitgeber bevorzugen nämlich weibliche Arbeitskräfte und bieten damit auch Frauen Chancen auf ein Einkommen. Als negativ erwähnen die Fachleute vor allem umweltschädliche Auswirkungen der Tätigkeit westlicher Konzerne, eine wachsende Ungleichheit zwischen Reichen und Armen, das Zurückdrängen der nationalen Identität und die Verdrängung kleiner lokaler Unternehmen vom Markt.

Wünsche an die Politik Die befragten Professoren drängen auf verstärkte Maßnahmen seitens der Regierung. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf eine bessere **Grund- und Weiterbildung**, eine effizientere Durchsetzung der Gesetze und ein verschärftes **Kontrollsystem** gegenüber aus-



Philippinen: Best Practice im Bereich liberale Wirtschaftspolitik

Die Philippinen haben eine der liberalsten Wirtschaftspolitiken in Südostasien. Als Grundlage dafür verweist das Ministerium für Handel und Industrie vor allem auf sechs Gesetze:

- **Omnibus Investments Code** (1987): Dieses Gesetz begründet eine Reihe von Förderungen für Unternehmen, die von der Regierung als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes betrachtet werden, darunter eine reduzierte Umsatzsteuer und Steuerfreiheit für den Import gewisser Rohstoffe und Anlagen.
- **Special Economic Zone Act** (1995): Dieses Gesetz soll das Wirtschaftswachstum durch die Schaffung spezieller Zonen fördern, die als Ecozones bezeichnet werden.
- **Bases Conversion and Development Act** (1992): Dieses Gesetz rief die Bases Conversion Development Authority, die Subic Special Economic and Freeport Zone und die Subic Bay Metropolitan Authority ins Leben.
- **Investor's Lease Act** (1993): Dieses Gesetz ermöglicht ausländischen Investoren, privates Land zu Investitionszwecken langfristig zu pachten.
- **Export Development Act** (1994): Dieses Gesetz sieht eine Reihe von Exportförderungen zur Ankurbelung von Sektoren mit Export-Potential vor.
- **Foreign Investments Act** (1991): Dieses Gesetz ermöglicht Investoren, 100 Prozent eines philippinischen Unternehmens zu erwerben und sich an Privatisierungen zu beteiligen. Eine Ausnahme bildet die Foreign Investment Negative List FINL, die für gewisse als sensibel definierte Bereiche Einschränkungen vorsieht.

Darüber hinaus sind die Philippinen Mitglied des **ASEAN Free Trade Agreement**, um den Prozess der Liberalisierung weiter voranzutreiben.

ländischen Unternehmen gelegt werden. Viele sind der Meinung, dass der Einfluss ausländischer Investoren auf den **Finanzsektor** begrenzt werden sollte, weil die Präsenz zu vieler ausländischer Banken das lokale Finanzsystem destabilisiere. Die 90er Jahre sahen eine rasche Zunahme der Anzahl ausländischer Banken auf den Philippinen, gefördert durch den *Foreign Bank Liberalization Act* von 1994, der ausländischen Banken ein sehr weit gefasstes Eigentumsrecht zugesteht. Im Allgemeinen seien aber die Regelungen für ausländische Unternehmen nicht viel anders als für inländische. Zum Beispiel können beide von Freihandelszonen und deren Steuervorteilen profitieren. Die Regierung sollte sich zum Ausgleich von ökonomischen und gesellschaftlichen Ungleichheiten verpflichten, makroökonomische Stabilität garantieren, den Ausbau der Infrastruktur ankurbeln und eine verstärkte Beteiligung des Privatsektors fördern. Alle Diskussionsteilnehmer sprachen sich für eine **durchgreifendere Kontrolle** der unternehmerischen Praxis ausländischer Unternehmen durch die Regierung aus.

In vielen Fällen würden die vorgeschriebenen Anforderungen zur Absicherung von Arbeitsplätzen nicht eingehalten, was die Verbreitung von Korruption fördere. Besonders kritisch sehen die Universitätslehrer die umweltschädigenden Produktionsverfahren einiger Konzerne, wie etwa die der *Marcopper Mining Corporation*, die seit 30 Jahren auf der Insel Marinduque tätig ist und hier schwere ökologische Schäden verursacht hat. Außerdem wurden die Methoden in den Export Processing Zones EPZ bemängelt: Trotz beträchtlicher Steuererleichterungen erhalten die vorwiegend weiblichen Mitarbeiter relativ niedrige Löhne und arbeiten unter schlechten Arbeitsbedingungen. Ein Beispiel: Die *Samma Corporation*, eine koreanische Firma, die für Nike Schuhe herstellt, hat 1997 ihre Anlage ohne Vorankündigung geschlossen und damit knapp 300 Menschen arbeitslos gemacht.

Wünsche an die Unternehmen Die Professoren wünschen sich eine stärkere Beteiligung der multinationalen Konzerne bei der Umsetzung von Sozialprogrammen als **Gegenleistung** für die Nutzung der natürlichen Ressourcen des Landes. Als Best Practice Beispiele werden unter anderem die *Hongkong and Shanghai Banking Corporations* für ihre Projekte zur Erhaltung der Meereswelt und die *Philippines Shell Petroleum Corporation* für ihre Ausbildungsprogramme und für ihren Beitrag zur Verbesserung der lokalen sanitären Verhältnisse angeführt.

Die Globalisierung Die Globalisierung wird von allen als unvermeidbares Phänomen angesehen. Als **positiv** werden die Vereinfachung der Handelsbeziehungen, die Förderung des Wettbewerbs, die qualitative Verbesserung der Produkte, die Stimulierung des Unternehmertums, die sinkenden Preise und die steigende Produktauswahl bewertet. Die Schließung vieler lokaler Betriebe und der technologische Wettbewerbsnachteil der armen Länder werden als **Nachteile** einer globalisierten Wirtschaft gesehen. Niemand hält die Industriestaaten für die Armut in Entwicklungsländern verantwortlich. Alle Professoren sind sich darüber einig, dass die Entwicklung eines Landes auf einer Reihe von Faktoren wie Klima, Topographie, Geographie, Werten, Kultur und Fähigkeiten basiert. Die meisten ihrer Studenten streben eine Beschäftigung in einem ausländischen Unternehmen an, da sie sich davon höhere Gehälter und bessere Karrierechancen versprechen.

6.2. Gespräche mit Wirtschaftsfachleuten in El Salvador

Die Professoren halten die sozio-ökonomische Lage von El Salvador mehrheitlich für positiv und verweisen auf die Wachstumsraten, die trotz wiederholter Rückfälle doch zufriedenstellend ausfallen. Einige bezeichnen die Lage als instabil, andere zeigen sich sogar pessimistisch.

Ausländische Direktinvestitionen Die meisten vertreten den Standpunkt, eine stärkere Öffnung gegenüber ausländischen Direktinvestitionen würde der Wirtschaft des Landes gut tun, da ausländische Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, die Produktivität steigern und zur Entstehung einer neuen Mittelklasse beitragen. Andere zeigen sich westlichen Unternehmen gegenüber eher reserviert und sind der Ansicht, dass die Gewinne in einem zu geringen Ausmaß im Gastland reinvestiert werden. Die Kontrollen seitens der Regierung seien ganz allgemein zu schwach. Wenig Hoffnung wird auch auf die Gewerkschaften gesetzt, die in ausländischen Unternehmen kaum vertreten sind. Zur erwarteten gesellschaftlichen Verpflichtung zählen auch angemessene Arbeits-

El Salvador ist als Wirtschaftsstandort gerade von der Textilindustrie begehrt.





löhne. Andere hingegen vertreten den Standpunkt, dass sich die Verpflichtungen ausländischer Unternehmen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen beschränke.

Schnittstelle Unternehmen Die Beziehungen zwischen den salvadorianischen Arbeits- und den ausländischen Führungskräften scheinen hingegen sehr positiv zu sein. Die Mehrheit ist der Meinung, das ausländische Management lasse die lokalen Mitarbeiter an wichtigen Entscheidungen teilhaben, andere sind hingegen der Ansicht, ihr Einfluss auf die Unternehmensstrategie sei begrenzt.

CSR Alle befragten Professoren halten CSR-Maßnahmen für eine reine Marketingstrategie: „Immer komplexere Herausforderungen auf globaler Ebene zwingen Unternehmen, gesellschaftlich verantwortliches Verhalten in ihre Unternehmensstrategie aufzunehmen.“ Alle wünschen sich einen verstärkten gesellschaftlichen Beitrag seitens der ausländischen Unternehmen als **Gegenleistung** für die Vorteile, die ihnen das Gastland bietet: den Ausbau von Infrastruktur, die Durchführung von Gesundheitsprogrammen und eine generelle Förderung der Arbeitnehmer. „Gesellschaftlich verantwortliche Praktiken stellen eine mögliche Lösung für die immer größer werdende Kluft zwischen reichen und armen Ländern in Hinblick auf Technologie, Ausbildung und Produktivität dar.“

Globalisierung Die Mehrheit der Professoren bewertet die Globalisierung positiv. Für El Salvador bedeute sie eine Förderung des Wirtschaftswachstums, eine Steigerung der Produktivität dank



Juan Sanchez, Vizebürgermeister von Ahuachapan, El Salvador

„Wir haben in El Salvador ernsthafte Probleme in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Beschäftigung. Das ist die Realität. Der einzige Weg der Armutsbekämpfung ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Es gibt keinen anderen Weg. Ausländische Unternehmen bieten hier eine Lösung. Zwar ist es nicht die beste Lösung, aber es ist die einzige Möglichkeit, ohne Verzögerung auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Wir wissen, dass multinationale Konzerne oft die Arbeiter ausbeuten, niedrige Löhne zahlen und keine Sozialversicherung vorsehen, aber sie schaffen immerhin Arbeitsplätze.“

El Salvador: CSR-Initiative FUNDEMAS

Im Mai 2000 schlossen sich mehr als 80 Personen, Unternehmen und akademische Institute zusammen, um mit System und Programm CSR in El Salvador zu fördern.

Die *Fundación Empresarial para la Acción Social FUNDEMAS* entstand aus der Einsicht, dass Unternehmen eine unverzichtbare Rolle für die nachhaltige Entwicklung des Landes spielen. Die Stiftung zur Förderung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen arbeitet eng mit nationalen und ausländischen Privatunternehmen und internationalen Institutionen zusammen und fördert Programme, die sowohl die Steigerung des Unternehmenserfolgs als auch die Bedürfnisse der lokalen Gemeinschaft berücksichtigen. Die Mitglieder der Stiftung sind vor allem in den Sektoren Telekommunikation und Technologie tätig.

zunehmenden Wettbewerbs, ein größere Auswahl an Gütern und Dienstleistungen und eine Festigung der internationalen und kulturellen Beziehungen. Die Befragten halten mehrheitlich nicht die Industriestaaten für die Armut im Süden verantwortlich. „Der Süden ist wegen seiner internen Konflikte arm. Der Süden muss in die Ausbildung seiner Bevölkerung investieren, die häufig unzulänglich ist. Das Problem liegt in der Unfähigkeit, lokale Ressourcen angemessen zu verwalten.“

Einige hingegen kritisieren die „imperialistische Politik“ der reichen Länder und bedauern die schwachen Bemühungen internationaler Institutionen zur Unterstützung der Entwicklungsländer.

Wünsche an Regierung Die meisten Professoren sind der Ansicht, die Regierung sollte mehr tun, um wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern auszugleichen. Einige kritisieren, dass sich die Anstrengungen der Regierung auf die Schaffung von Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen beschränken. Einige wünschen sich eine stärkere Förderung des inländischen Privatsektors als Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Die befragten Professoren bestätigen, dass der Großteil ihrer Studenten eine Karriere im Privatsektor, vorwiegend bei ausländischen Unternehmen, anstrebt. Die Gründe dafür sind höhere Gehälter, bessere Karrierechancen und günstigere Arbeitsbedingungen.

6.3. Gespräche mit Wirtschaftsfachleuten in Nigeria

Die meisten der befragten Professoren beurteilen die sozio-ökonomische Lage Nigerias neutral bis negativ, eine jeweils kleine Minderheit sieht sie sehr negativ oder sehr positiv. Die Debatte über die wirtschaftliche Situation des Landes kreist um den **dominierenden Sektor: Erdöl**. Nigeria ist seit 1971 Mitglied der Organisation of Petroleum Exporting Countries OPEC und nimmt hier in Bezug auf die Fördermenge den fünften Platz ein. Nigeria ist der größte Erdölexporteur Afrikas. Die Produktion von Rohöl macht 50 Prozent des nigerianischen BIP und 95 Prozent der Exporterlöse aus.

18 internationale Ölkonzerne sind heute in Nigeria tätig. Einige davon sind erst seit kurzem in Nigeria und interessieren sich hauptsächlich für Offshore-Tätigkeiten und Joint Ventures:

Shell Petroleum Development Company Ltd., Mobil Producing Nigeria Unltd., Chevron Nigeria Ltd., Texaco Overseas Nig. Petroleum Co. Unltd., Elf Petroleum Nigeria Ltd., Philip (1964); Pan Ocean Oil Corporation, Ashland Oil Nigeria Ltd., Agip Energy & Natural Resources, Statoil/BP Alliance, Esso Exploration & Production Nig. Ltd., Texaco Outer Shelf Nigeria Ltd., Shell Nig. Exploration & Production Co., Total (Nig.) Exploration & Prod. Co. Ltd., Amoco Corporation, Chevron Exploration & Production Co., Conoco, Abacan



Die wenig glanzvolle Geschichte des Erdölsektors in Nigeria

Die Entwicklung des nigerianischen Erdöl- und Erdgassektors steht in krassem Gegensatz zur Armut des Landes und lässt sich im Wesentlichen in drei Phasen gliedern.

Die in deutschem Besitz befindliche *Nigerian Bitumen Corporation* suchte bereits 1908 in Nigeria nach Öl. Doch erst 1956, ein halbes Jahrhundert später, stießen die Konzerne *Shell* und *BP* durch ein gemeinsames Projekt auf eine Quelle. 1958 wurde die Erdölförderung in der Nähe von Oloibiri im Nigerdelta aufgenommen. Bald darauf fingen auch andere ausländische Ölkonzerne an, auf dem Festland und auf See („off-shore“) Öl zu fördern. Zu einem nennenswerten Abbau kam es bis zur Unabhängigkeit von Großbritannien im Dezember 1960 – **Phase 1** – nicht. Das Interesse der Kolonialverwaltung beschränkte sich auf das nominelle Eigentum an den Ölvorkommen und das Einheben von Steuern, Lizenzgebühren und Pächterträgen, deren Höhe von den internationalen Ölfirmen, allen voran *Shell*, gelenkt oder diktiert war. Die Firmen genossen Konzessionen zu Bedingungen, die Besitzverhältnissen gleichkamen und volle Kontrolle ermöglichten. Der Biafrakrieg behinderte allerdings die weitere Entwicklung der Ölindustrie. Doch ab 1970 nahm die Ölproduktion, teilweise bedingt durch die steigenden Weltmarktpreise, schließlich einen enormen Aufschwung.

Globale Neuordnung In den 60er Jahren befand sich die Infrastruktur zur Nutzung der natürlichen Ressourcen in Ländern der Dritten Welt in den Händen einiger weniger westeuropäischer und nordamerikanischer, international agierender Unternehmen mit einem Monopol an Kapital-, Technologie- und Managementressourcen. Als Gegengewicht dazu unternahm die Politik den Versuch, die „alte internationale Wirtschaftsordnung“ neu auszurichten. Die Einsetzung einer UN-Kommission für die permanente Souveränität über natürliche Ressourcen 1958 – zu Gunsten der ressourcenreichen armen Länder – sowie die Gründung der Organization of the Petroleum Exporting Countries OPEC 1960 sind klarer Ausdruck dieser Bemühungen auf internationaler Ebene.

2. Phase: Emanzipation gegenüber Konzernen Nigeria schickte bereits 1964 Gesandte zu den OPEC Konferenzen. Mit dem **Erdölgesetz** schuf sich das Land 1969 den rechtlichen Rahmen für das staatliche Eigentum und die Kontrolle über sämtliches Erdöl und Erdgas, das on-shore und off-shore entdeckt wurde. 1971 trat Nigeria der OPEC bei und verfolgte daraufhin neben einer laufenden Erhöhung der Besteuerung der Ölkonzerne den Kurs einer verstärkten staatlichen Beteiligung an der Erdölindustrie. Das nationale Eigentum an Öl und sämtlichen Mineralien wurde 1979 auch in der Verfassung der Bundesrepublik Nigeria verankert.

Zur Gänze den Ölkonzernen gehörende Konzessionen wurden in Joint-Venture-Beteiligungen umgewandelt, die zunächst die 1971 geschaffene **Nigerian National Oil Corporation NNOC** zum Partner hatten, die 1977 in die **National Petroleum Corporation NNPC** umgewandelt wurde. Die Regierung erwarb zwischen 1971 und 1979 die Mehrheitsanteile an der Geschäftstätigkeit der internationalen Konzerne. Heftige Diskrepanzen mit den Ölfirmen über die Bewertung der Anteile führten zu langwierigen Verzögerungen und Unterbrechungen bei der Abwicklung der Verstaatlichung. Die Beteiligungsabkommen wurden erst Anfang der 80er Jahre umgesetzt. Joint Operating Agreements JOAs gab es nicht. Daher wurden bis zur Unterzeichnung der JOAs 1991 die Joint Venture Business Operations auf der Basis von Gentlemen-Agreements geführt.

3. Phase: Einsatz gegen Rezession Seit der Entdeckung von Öl in Nigeria 1956 hat die Regierung durch Institutionen wie die Nigerian National Petroleum Corporation NNPC, das Ministry of Petroleum Resources, die Federal Environmental Protection Agency etc. eine Reihe von politischen Maßnahmen, Abkommen und Gesetzen zur Kontrolle der Ölindustrie im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes getroffen. Mit dem Sinken der Erdölpreise und dem Nachlassen der nigerianischen Produktion Mitte der 80er Jahre verschlechterte sich die Verhandlungsposition des Landes gegenüber den Öl-Multis. Die Memoranda of Understanding (MOUs) von 1986 und die überarbeiteten MOUs von 1991 entspringen dem Versuch der Regierung, die Produktion anzukurbeln.



Nigeria ist derzeit der weltweit sechstgrößte Erdölproduzent. Allerdings sind die Beziehungen zwischen der Regierung, den Ölfirmen und den Gewerkschaften mehr als konfliktreich. Im Bild: eine Bohrstation von Shell Nigeria in den Mangrove-Sümpfen des Nigerdeltas

Konflikte zwischen Ölindustrie und indigener Bevölkerung

Nigerias Regierung nahm 2002 mehr als 17 Milliarden Dollar aus Ölexporten ein, doch die Ölindustrie schafft kaum Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten für die Mehrheit der Nigerianer, deren Pro-Kopf-Einkommen unter 300 Dollar pro Jahr liegt.

Der Großteil der nigerianischen Ölfelder liegt in den Sümpfen des Nigerdeltas, das seit einigen Jahrzehnten der Hauptausgangspunkt von sozialen Konflikten und politischer Gewalt ist. Sabotage, Entführungen und Erpressungen gehören zu den Methoden, mit denen Teile der Bevölkerung gegenüber den Ölfirmen um ihre Rechte kämpfen. Einem Bericht der Weltbank von 2002 zufolge empört die nigerianische Bevölkerung vor allem die bevorzugte Einstellung ausländischer Arbeitskräfte durch die multinationalen Erdölkonzerne. Die indigenen Bevölkerungsgruppen sehen sich dadurch um die Möglichkeit gebracht, von der Ölförderung in der Region direkt zu profitieren. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Armut in der Deltaregion verschärfen die Situation. Umweltverschmutzung und Umweltschäden, die von den Bohrprojekten der Ölfirmen verursacht werden, sorgen für weiteres Konfliktpotenzial. Laut den Protokollen der Schadenersatzprozesse, die im Interesse der Bevölkerung geführt wurden, kamen die betroffenen Parteien nur selten in den Genuss einer Entschädigung.

Skandal alarmiert Weltöffentlichkeit Die Probleme der nigerianischen Bevölkerung erlangten 1995 durch die Hinrichtung des mit dem alternativen Friedensnobelpreis ausgezeichneten Aktivisten und Schriftstellers **Ken Saro-Wiwa** internationale Aufmerksamkeit. Saro-Wiwa protestierte gegen die Erschließungsprojekte von Shell und die Umweltschäden auf dem Gebiet des Ogoni Volks, einer der ethnischen Gruppen der Nigerdeltaregion. Er gründete und leitete die Bewegung für das Überleben des Ogoni Volks (Movement for the Survival of the Ogoni People), eine der ersten groß angelegten Protestbewegungen in Nigeria, um den heimischen Lebensraum vor wirtschaftlicher und ökologischer Ausbeutung durch die Militärregierung und multinationale Ölkonzerne zu schützen. Ein nigerianisches Gericht verurteilte Saro-Wiwa daraufhin zum Tod. Die USA und die Europäische Union reagierten darauf mit wirtschaftlichen Sanktionen, die erst nach dem Tod des Diktators **General Sani Abacha** 1998 aufgehoben wurden.

Bemühung um Schadensbegrenzung Seit dem Amtsantritt des erstmals demokratisch gewählten Präsidenten **Olusegun Obasanjo** im Jahr 1999 wird versucht, zwischen indigenen Bevölkerungsgruppen und den Ölkonzernen zu vermitteln. So verkündete Obasanjo im Jahr 2000, statt wie bisher drei von nun an 13 Prozent der Ölerträge in Bildungs- und Gesundheitsprogramme für die Bevölkerung in den ölproduzierenden Regionen des Nigerdeltas zu investieren. Trotz schleppender Umsetzung seiner Versprechungen wurde Obasanjo 1999 wiedergewählt.

Weiterhin kommt es zu Konflikten zwischen Ölarbeitern, Konzernen und lokaler Bevölkerung. Die NNPC berichtet von mehr als 800 Zwischenfällen wegen Pipeline Sabotage zwischen Jänner und Oktober 2000. Wegen Sabotage verlor die Regierung ungefähr vier Milliarden US-Dollar an Öleinnahmen. Im Jänner 2001 kündigte das nigerianische Militär an, bei Brandstiftungen an Ölanlagen hart durchzugreifen. Und die Marine wurde beauftragt, jedes Schiff mit für den Schwarzmarkt bestimmten, gestohlenen Rohstoffen zu beschlagnahmen. Im Juli 2002 besetzten rund 150 Frauen in Südnigeria einen Chevron Ölterminal und nahmen 800 Arbeiter in Geiselhaft, um Anstellungen für ihre Familien und Investitionen für die lokalen Gemeinden zu erpressen. Die achttägige Besetzung endete damit, dass Chevron versprach, mehr als zwei Dutzend Personen aus dem Dorf anzustellen und Schulen, Wassersysteme und andere öffentliche Einrichtungen zu finanzieren.

Diese Besetzung des Ölterminals erfolgte genau einen Monat nachdem mehrere internationale Ölkonzerne die Ölproduktion in der Nigerdeltaregion wegen heftiger Kämpfe zwischen dem Militär und der radikalen ethnischen Gruppe der Ijaw gestoppt und einen Großteil des Personals evakuiert hatten. Dadurch kamen fast 40 Prozent der Produktion des Landes zum Stillstand und versetzten Nigerias Wirtschaft und dem ausländischen Vertrauen in die Ölindustrie des Landes einen schweren Schlag.

Verbesserte Beziehungen? Seitdem verzeichnet Shell einen „angenehmen Rückgang“ („welcome reduction“) der Zahl von Geiselnahmen: von 45 im Jahr 2001 auf 24 im Jahr 2002. Shell schreibt diese positive Entwicklung den Bemühungen der Ölfirmen um eine Verbesserung der Beziehungen zur einheimischen Bevölkerung sowie den Reformen und Initiativen der Obasanjo-Regierung zur Integration der Indigenen in den Ölsektor zu.

Bill Knight, regionaler Programmdirektor der NGO Pro-natura, bestätigte gegenüber der Tageszeitung *Christian Science Monitor* im Mai 2003, dass die Ölindustrie Schritte unternahme, um die Beziehungen zur Bevölkerung zu verbessern. Er fügt hinzu, dass große Schwierigkeiten bleiben, so etwa der Streit zwischen solchen Gemeinden, die substanzielle Hilfe von Ölfirmen erhalten, und solchen, die nichts bekommen. „Die Ölfirmen ändern sich allmählich“, so Knight. „Nichts ändert sich über Nacht – doch es ist viel positives Denken vorhanden.“



Ausländische Direktinvestitionen Die Professoren äußern sich zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Präsenz ausländischer Ölkonzerne überwiegend positiv: Sie schaffen Arbeitsplätze, tragen zum Wirtschaftswachstum bei und bringen technologisches Know-how ins Land. Außerdem bieten ausländische Unternehmen ihren Mitarbeitern bei Gesundheitsprogrammen, Arbeitsatmosphäre und Gehaltsniveau bessere Bedingungen als lokale Unternehmen.

Rolle der Politik Die Politik der Regierung gegenüber multinationalen Konzernen sei zufriedenstellend. Viele verweisen auf das **Memorandum of Understanding MOU** von 1986 (überarbeitet 1991), ein Förderpaket, das die Regierung ihren Joint Venture Partnern als Anreiz zur Erschließung neuer Erdölfelder und zur Erhöhung der Erdölproduktion anbietet. Das MOU enthält eine Reihe von Zugeständnissen bezüglich garantierter Mindestgewinne, Steuererleichterungen und Absetzbarkeit von Investitionskosten. International gesehen sind die Regelungen des MOU einzigartig. Ein eigenes Erdölministerium (Department of Petroleum Resources) ist in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium, der nigerianischen Zentralbank, den Zollbehörden und der nigerianischen Polizei für die



Ibi Ajayi ist Universitätsdozent und Konsulent der Weltbank für Afrikapolitik, Nigeria

„Nigeria versucht gerade, aus seiner negativen Wirtschaftssituation herauszukommen. Mit dem derzeitigen Wirtschaftswachstum von vier Prozent liegen wir über dem afrikanischen Durchschnitt. In den 70er Jahren hat sich die Entwicklungspolitik der Regierung auf den Ausbau der Infrastruktur konzentriert, dabei kamen andere Sektoren, vor allem der Landwirtschaftssektor, zunehmend zu kurz. Die Kakao- und Palmölproduktion, die gute Chancen auf eine Etablierung am Weltmarkt hatten, wurde ebenso vernachlässigt wie die Transportwirtschaft, die bis dahin gut funktionierte. Die Entdeckung des Erdöls wurde nicht als zusätzliche Einnahmequelle betrachtet, sondern als einzige. In anderen Entwicklungsländern verwendete man Einnahmen durch den Abbau von Bodenschätzen, um in die nationale Infrastruktur zu investieren: In Nigeria wurde dies leider verabsäumt. Die Bundesregierung sammelt die Erdölgewinne und verteilt sie dann an die Bundesstaaten, die sie wiederum an die lokalen Behörden weiterleiten. Bei jedem dieser Schritte findet Korruption statt. Sie ist das Hauptproblem Nigerias und wurde im Laufe der unzähligen Militärdiktaturen gefördert, in denen die Verwaltung der Ressourcen keinen Kontrollen unterlag. Mittlerweile ist sie auf allen Ebenen präsent, in öffentlichen Ämtern, bei der Polizei, in den Führungsebenen der Privatunternehmen. Die Korruption ist die Ursache für unseren Rückstand.“

Gestaltung des Sektors zuständig. Die Professoren sehen in der Schaffung von Rahmenbedingungen und der **Förderung von ausländischen Direktinvestitionen** den richtigen Weg zur Armutsbekämpfung und zur wirtschaftlichen Entwicklung Nigerias. Nur wenige befürworten eine verstärkte Unterstützung nationaler Unternehmen und eine Förderung des Konsums von lokalen Produkten.

Schnittstelle Unternehmen Die Professoren kritisieren, dass lokale Manager **keinen Einfluss** auf die Entscheidungsprozesse ausländischer Unternehmen haben. Die **Gewerkschaften** im Erdölsektor, die Petroleum and Natural Gas Senior Staff Association of Nigeria PENGASSAN und die National Union of Petroleum and Natural Gas Workers NUPENG, konzentrieren ihre Aktivitäten daher auf folgende Tätigkeitsbereiche:

- die Beteiligung an und die Kontrolle von Maßnahmen und Programmen im Erdölsektor
- die Anstellung von vor allem lokalen Mitarbeitern und die Kontrolle der Einhaltung der vorgeschriebenen Quoten zur Anstellung von in- und ausländischen Mitarbeitern
- die Ausarbeitung eines Programms zum Schutz der nigerianischen Arbeiter in Joint Ventures
- die Ausarbeitung einer Strategie zur höheren Beteiligung lokaler Investoren im Erdölsektor

Die lokale Bevölkerung steht der praktisch exklusiven Anstellung ausländischer Arbeitskräfte **auf Führungsebene** ablehnend gegenüber. Die Regierung hat daher – wegen gewerkschaftlicher In-

Konfliktregion Nigerdelta

Seit hier vor 50 Jahren schwarzes Gold entdeckt wurde, entwickelte sich das Nigerdelta zur Hauptdevisenbringerin für ganz Nigeria – und blieb eines der rückständigsten Gebiete des Landes.

Das Niger-Delta im Südosten Nigerias erstreckt sich über eine Fläche von über 30.000 Quadratkilometern und gehört zu den größten Feuchtgebieten der Erde. Das Delta ist ein komplexes System, das von den Flüssen Niger und Benue ständig neu gestaltet wird. Es besteht aus vier ökologischen Zonen – den der Küste vorgelagerten Inseln, den Mangrovensümpfen, den Süßwassersumpfwäldern und dem Marschregenwald – und weist eine der größten Artenvielfalten der Welt auf. Die jährliche Niederschlagsmenge beträgt bis zu 4.500 mm, die Luftfeuchtigkeit liegt bei 80 Prozent und die durchschnittliche Temperatur bei 27 Grad Celsius. Über 80 Prozent des Deltas sind zeitweise überflutet. Nach der Regenzeit bleiben Sümpfe und Seen zurück. So gestaltet sich das Delta zwischen Erosion und dem Anschwellen von Geröll, Schlamm u. a. immer wieder neu. Die Bundesstaaten Rivers und Delta umfassen etwa 80 Prozent des Feuchtgebiets.

Ethnische Vielfalt Im Delta leben Angehörige von mindestens fünf größeren Sprachgruppen – keine gehört den drei ethnischen Hauptgruppen Nigerias an. Die Ijaw stellen mit vier Millionen Menschen die stärkste Gruppe dar. Im Delta State finden sich die Itsekiri – deren Sprache zur Yoruba-Sprache gehört –, die Urhobo, Edo, Isoko und andere. Im Cross River Tal in Richtung Kamerun, in den Staaten Akwa Ibom und Cross River, leben die Efik, an der Küste die Ibibio und weiter nördlich eine große Anzahl von ethnischen Gruppen. Einige ihrer Sprachen werden von weniger als zehntausend Menschen gesprochen: die Willink Kommission schätzte, dass es siebzehn Hauptsprachen und circa 300 weniger wichtige Sprachen in der Region gibt.

Diskrepanzen 70 Prozent des nigerianischen Öls stammen aus dem Nigerdelta, der Rest von Offshore-Ölfeldern. Zum Ölreichtum des Gebiets stehen die herrschende Armut und soziale Ausgrenzung in scharfem Gegensatz. Die Bevölkerung befindet sich heute in einem beinahe kontinuierlichen Protest gegen Ausbeutung und die Missachtung von Grundrechten und -bedürfnissen. Dies durchaus auch im Sinne eines ideologisch ausgerichteten und öffentlichkeitswirksam geführten Machtkampfs.

Die jahrzehntelange Vernachlässigung der Region, die fehlende Unterstützung bei der Errichtung von Infrastruktur, die ausbleibende Versorgung mit grundlegenden sozialen Leistungen von Seiten der Regierungen, der geringschätzige Umgang mit Mensch und Natur von Seiten Ölkonzerne trugen wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Eine Lösung für die verfahren Situation herbeizuführen ist eine Aufgabe, die Politik und Wirtschaft in höchstem Maße fordert.



terventionen und als Antwort auf Proteste nigerianischer Arbeiter – eine eigene **interministerielle Kommission** eingerichtet, die die Einhaltung der Quoten in den Ölkonzernen überwacht.

CSR Die Beschäftigungsproblematik wird als Schlüsselfaktor für das wirtschaftliche Wachstum des Landes gesehen und mit der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen verknüpft. Von den ausländischen Ölkonzernen wird erwartet, dass sie zur Entwicklung der Gesellschaft, in der sie tätig sind, nicht nur durch den Aufbau von Infrastruktur beitragen. Als Gegenleistung für die im Land erzielten Erträge sollten sie sich auch an der Förderung von Gesundheitsprogrammen, an Umweltschutzmaßnahmen und an der Ausbildung der lokalen Bevölkerung beteiligen.

Forderung an die Politik Die ökologischen und sozialen Kosten der Erdölproduktion werden als sehr hoch empfunden: Dazu zählen die Gefährdung von Fauna, Flora und Biodiversität, die Verringerung von fruchtbarem Boden, die Luft- und Trinkwasserverschmutzung und vor allem die negativen gesundheitlichen Folgen für die Menschen im Umfeld der Ölproduktion. Keiner der Professoren ist mit der Umsetzung der Umweltschutzgesetze zufrieden. Sie werfen der politischen Führung vor, keine Maßnahmen gegen die umweltschädigende Tätigkeit von multinationalen Konzernen zu ergreifen. Dabei sind die Bundesstaaten im Südwesten des Landes (Rivers, Cross River und Delta) am meisten von der Umweltverschmutzung durch Austreten von Erdöl und Schadstoffen betroffen. Die Bevölkerung protestiert gegen die Bundesregierung und *Shell*, den größten Erdölförderer des Gebietes, dem die Schädigung des Tropenwaldes nördlich des Deltas und die Zerstörung des umliegenden fruchtbaren Landes angelastet wird. Darüber hinaus beschuldigt man die ausländischen Ölkonzerne, gesellschaftliche und wirtschaftliche Enklaven – so genannte „oil colonies“ – geschaffen und die sozialen Disparitäten verschärft zu haben. Der Sektor verlangt hochgradig spezialisierte Arbeitskräfte, weshalb sich viele der ungelernten Bewohner dieser Gebiete zur Migration in urbane Zentren gezwungen sehen. Die Regierung wird dafür verantwortlich gemacht, den internationalen Ölkonzernen Praktiken zu erlauben, die in westlichen Ländern illegal wären.

7. Zusammenfassung

Optimismus auf den Philippinen, Unsicherheit in El Salvador, Skepsis in Nigeria – die Umfrageergebnisse spiegeln die makroökonomische Situation wider.

7.1. Kernaussagen der Umfragen auf den Philippinen

Die auf den Philippinen durchgeführte Untersuchung zur Wahrnehmung der sozio-ökonomischen Situation des Landes zeigt, dass hinsichtlich der Entwicklungsstrategie, die das Land eingeschlagen hat, vorwiegend Optimismus herrscht. In der Debatte über Globalisierung und ihre Auswirkungen gibt es verschiedene Standpunkte, generell wird jedoch die Marktliberalisierung befürwortet, deren Folgen positiv eingeschätzt werden: Hervorgehoben werden vor allem die Innovationsmöglichkeiten, der Technologietransfer, die Steigerung der Produktivität, der Ansporn durch den internationalen Wettbewerb und der Anstoß zur Spezialisierung. „Die Produktivität wächst schneller, wenn sich das Land auf jene Produkte konzentriert, mit denen es auf dem internationalen Markt einen Wettbewerbsvorteil hat“, der Wettbewerb dränge lokale Unternehmen dazu, sich zu verbessern. Man ist sich einig darüber, dass die Globalisierung die besten Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Fortschritt der Entwicklungsländer biete.

Gefahrenbewusstsein Trotzdem ist Besorgnis hinsichtlich der negativen Folgen einer unkontrollierten Öffnung spürbar, „denn die Entwicklung eines Landes erfordert mehr als nur die För-



Der gute Bildungsstand hat den Philippinen den Weg auf den globalen Markt ermöglicht.

derung des Außenhandels“. Das Fehlen von Know-how verbunden mit einem mangelhaften Netz der sozialen Sicherheit könnte zu einer zu starken **Abhängigkeit** von den Industriestaaten führen. Angesichts dieser Befürchtungen scheint die einzige Lösung ein verstärkter staatlicher Eingriff zu sein. Es sei **Verantwortung der Regierung**, mögliche negative Folgen der Globalisierung durch entsprechende Maßnahmen zu entschärfen. Dabei sollte sie sich um den Ausbau der Infrastruktur und die Schaffung von stabilen makroökonomischen Bedingungen bemühen und gleichzeitig die Notwendigkeit eines adäquaten Schul- und Ausbildungssystems berücksichtigen.

CSR Außerdem sollte der Staat größeren Druck ausüben, damit Unternehmen das Konzept gesellschaftlicher Verantwortung in ihre Unternehmenspolitik aufnehmen. Der Großteil der befragten Personen ist davon überzeugt, dass die Umsetzung gemeinnütziger Programme zu den **Pflichten** eines Unternehmens gehöre, und äußerte sich **positiv** über das gesellschaftliche Commitment der größeren ausländischen Unternehmen. Verschiedene Institutionen, Pressure Groups und Akteure der Zivilgesellschaft (z. B. Philippine Business for Social Progress, eine Stiftung zur Förderung der sozialen Entwicklung durch unternehmerisches Commitment) sind in der Förderung von CSR engagiert. Ihr Handeln hat viele Unternehmen dazu veranlasst, interne Verhaltenskodizes einzuführen, die über die herkömmlichen Normen zum Schutz der Menschen- und Arbeitsrechte und der Umwelt hinausgehen.

Die **Vorteile von CSR für Unternehmen** sehen die Professoren in

- der Steigerung der finanziellen Leistung
- der Reduktion der Produktionskosten, weil weniger Mitarbeiter von der Arbeit fernbleiben, Energie effizienter eingesetzt und mit Ressourcen sparsamer umgegangen wird
- der Steigerung der Produktivität auf Grund verbesserter Arbeitsbedingungen und stärkerer Beteiligung der Mitarbeiter an Entscheidungsprozessen
- einem verbesserten Image in der Öffentlichkeit gegenüber kritischen Konsumenten



Die befragten Universitätsprofessoren haben ernsthafte Bedenken in Bezug auf den IT-Sektor: Sie befürchten eine Verschärfung des „digital divide“ zwischen jenen, die Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie haben, und jenen, die davon ausgeschlossen sind. In diesem Zusammenhang wird eine engagiertere Förderung der lokalen Bevölkerung seitens westlicher Unternehmen gefordert.

6.2. Kernaussagen der Umfragen in El Salvador

Wenn man in El Salvador über multinationale Konzerne spricht, geht es vor allem um *Maquilas*, das heißt speziell abgegrenzte Wirtschaftszonen, die keiner Steuerpflicht unterliegen und nicht an die nationalen Gesetze gebunden sind. Hier wird vorwiegend arbeitsintensiv produziert, was in westlichen Hochlohnländern zu hohe Produktionskosten verursachen würden. In El Salvador sind circa 100.000 Menschen in Maquila-Betrieben (*Maquiladoras*) angestellt. Mindestens 60.000 davon arbeiten in Betrieben mit ausländischen Eigentümern. In den Maquilas ist der Textilsektor stark vertreten, der vor allem für den Export produziert und sich zum Großteil im Besitz koreanischer, taiwanesischer, nordamerikanischer und europäischer Unternehmen befindet.

Akzeptanz überwiegt Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen dieser Art von ausländischen Direktinvestitionen werden unterschiedlich beurteilt. Angesichts der herrschenden Missstände in den Bereichen Gesundheit und Bildung sowie der hohen Arbeitslosigkeit scheinen die Maquilas eine erste substanzielle Lösung darzustellen. Daher herrscht eine allgemeine Akzeptanz gegenüber der staatlichen Förderung dieser Investitionen. „Die Maquilas sind eine Antwort auf unsere Arbeitslosigkeit. Wir wissen, dass es nicht die besten Arbeitsplätze sind, aber es sind die einzigen, die wir unserer Bevölkerung im Moment bieten können. Daher müssen wir für ausländische Investoren gute Rahmenbedingungen schaffen, das heißt in erster Linie Steuererleichterungen bieten.“ Außerdem

El Salvador: Frauen auf dem Weg zur Arbeit in den steuerfreien Zonen.



werden der stärkere Wettbewerb und der Technologietransfer als zusätzliche Vorteile der Präsenz ausländischer Unternehmen genannt. Auch die Tatsache, dass ein Großteil der Studenten eine Karriere in einem ausländischen Unternehmen anstrebt, spricht für sie.

Positive Signale Andererseits wurden im Zuge der Recherchen auch ernste Bedenken geäußert: Umweltschäden, niedrige Löhne, eingeschränkte Gewerkschaftsfreiheit und die Tatsache, dass Unternehmen ihre Produktionsstätten oft ohne Vorankündigung in andere Länder verlagern, sind häufig genannte Kritikpunkte. Diese negativen Phänomene sind nicht in allen ausländischen Unternehmen anzutreffen: Lokale Arbeitskräfte sind bei europäischen und nordamerikanischen Unternehmen oft über 20 Jahre beschäftigt.

Während die befragten Mitarbeiter und Studenten vor allem ihre persönlichen Interessen in den Vordergrund stellen (die Verbesserung des eigenen Lebensstandards, die Garantie von Krankenversicherung und Pensionen etc.), haben die Professoren einen makroökonomischen Zugang und versuchen, Lösungen vorzuschlagen. So begrüßen sie ausländische Unternehmen, die gesellschaftliche Verantwortung praktizieren, auch deshalb, weil sie ein **Vorbild für nationale Unternehmen** sein können. Allerdings halten sie bessere Kontrollen der Regierung hinsichtlich der Einhaltung der Gesetze zu Umweltschutz und Arbeitsrechten für unbedingt notwendig. In letzter Zeit konnte man erfreulicherweise einen Zuwachs an Institutionen und Stiftungen beobachten – die größten darunter FUSADES und FUNDEMAS –, die die Bemühungen der Regierung in dieser Hinsicht beobachten und Unternehmen dabei unterstützen, gesellschaftlich verantwortliches Verhalten in die Unternehmensstrategie aufzunehmen.

6.3. Kernaussagen der Umfragen in Nigeria

Die Situation in Nigeria ist sehr komplex, was alle an der Recherche Beteiligten bestätigen. Generell herrscht der Eindruck, dass sich das Land zwar schwerfällig, aber doch in einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung befindet. Ausländische Direktinvestitionen spielen dabei, trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten, eine fundamentale Rolle.

Oberstes Gebot sei ein stärkerer und effektiverer Staat: eine verstärkte Demokratisierung sei notwendig, um das **Korruptionsproblem** zu lösen. Die Korruption sei auf allen Ebenen präsent, von der bundespolitischen Ebene, wo hohe Geldsummen veruntreut werden, bis hinunter zur lokalen Ebene. „Beamte schließen Verträge mit teureren Anbietern ab, um die Differenz in die eigene Tasche zu stecken.“ Ähnlich wird auch bei Entwicklungsprojekten vorgegangen. Erst kürzlich gestand einer der Geschäftsführer von *European Shell* in einem Interview mit einer englischen Zeitung: „Ich kann bestätigen, dass wir mehr Geld in Schmiergelder als in Entwicklungsprogramme für die Bevölkerung investieren.“ Auf diese Weise bereichert sich eine kleine Elite und ist bereit, unverantwortliches Verhalten von ausländischen Unternehmen, wie zum Beispiel die Verschmutzung der Umwelt, zu tolerieren. Jene, die sich von diesem „Kompromissystem“ ausgeschlossen fühlen, bringen ihre Unzufriedenheit auch durch gewaltsame Proteste zum Ausdruck, um – zumindest – die Durchführung von Entwicklungsprogrammen zu erzwingen.

Gespaltene Haltung Die lokale Bevölkerung steht westlichen Erdölkonzernen sowie deren Mitarbeitern, die meist in abgetrennten, exklusiven Gegenden wohnen und von ihren Arbeitgebern umfassend betreut und versorgt werden, sehr kritisch gegenüber. Man beschwert sich über die Tatsache, dass die Mitarbeiter dieser Konzerne zumeist Ausländer sind, die lokale Bevölkerung wünscht sich diesbezüglich einen verstärkten Eingriff der Regierung. Andererseits ist sie sich auch darüber im Klaren, dass die lokalen Arbeitskräfte oft unzulänglich ausgebildet sind. Daher legt man beson-



Nigeria: Arbeitsplätze in der Ölindustrie sind gefragt – auch bei Frauen.

deren Wert auf von ausländischen Unternehmen durchgeführten Ausbildungsprogramme. Eigentlich sind sich alle darüber einig, dass ausländische Unternehmen gesellschaftlich verantwortliche Corporate Citizens sein sollten und die lokale Bevölkerung durch die Reinvestition ihrer Gewinne im Land für die negativen Auswirkungen ihrer Tätigkeit entschädigen sollten.

Es wird generell eine **dreifache Verantwortung** der Unternehmen gefordert:

- die Verantwortung gegenüber den **Aktionären**, deren primäres Interesse die Rentabilität ihrer Investition ist
- die Verantwortung gegenüber der **Regierung** im Gastland in Form von ordnungsgemäßer Steuerzahlung und Einhaltung der Gesetze
- die Verantwortung gegenüber der **lokalen Bevölkerung** durch den Ausbau von Infrastruktur, die Durchführung von Bildungs- und Gesundheitsprogrammen etc.

Klare Erkenntnis Obwohl sich die Erdölkonzerne primär nicht für die Entwicklung der Gebiete, in denen sie tätig sind, zuständig fühlen und meinen, dass dies eigentlich die Aufgabe der Regierung sei, wird ein zunehmender Anteil der Erträge in Entwicklung investiert. Generell wurden die gesellschaftlich verantwortlichen Praktiken ausländischer Unternehmen positiv bewertet, obwohl noch viel zu tun sei. Allerdings wird ausnahmslos die Meinung vertreten, dass die Regierung und die nigerianische Bevölkerung die Hauptverantwortung für die Armutsbekämpfung, die Beseitigung von Korruption und das wirtschaftliche Wachstum des Landes tragen: „Die Hauptaufgabe liegt in den Händen der Nigerianer. Sie müssen wissen, was sie wollen und sich bemühen, es mit legalen Mitteln zu erreichen.“

8. Ausblick

Die globale Armutsbekämpfung ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Erstmals in der Geschichte stehen die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung, um allen Menschen auf der Welt ein würdiges Leben zu ermöglichen. Zusätzlich bedarf es der Liberalisierung und Integration der Märkte und des politischen Willens, die nötigen Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche und sozial gerechte Entwicklung zu schaffen. Ausländischen Unternehmen in Entwicklungsländern kommt dabei die Aufgabe zu, sich zusätzlich zur Erwirtschaftung von Gewinn auch für das Umfeld einzusetzen, in dem sie agieren. Durch die Beschäftigung einheimischer Arbeitskräfte, durch Ausbildungs- und Gesundheitsprogramme, durch die Förderung von demokratischen Strukturen, durch den Schutz der Umwelt und die Beachtung der Menschenrechte können sie zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Aktivitäten im Bereich von Corporate Social Responsibility verbessern ihr Ansehen, was nicht nur den Unternehmen selbst entscheidende Vorteile bringt, sondern wovon auch die lokale Bevölkerung profitiert.

Politik: Orientierung am Gemeinwohl Auch wenn sozial und ökologisch rücksichtsloses Verhalten noch immer zur Praxis auch westlicher Unternehmen gehört, können in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte bei der Umsetzung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen festgestellt werden, wie aus den Gesprächen mit den Betroffenen in den drei Ländern Philippinen, El Salvador und Nigeria hervorgeht. Die befragten Menschen sehen die Hauptverantwortung für die existierenden Missstände generell bei den **Regierungen der Entwicklungsländer** selbst, da diese die Möglichkeit haben, auch ausländischen Unternehmen gegenüber energisch aufzutreten. Sie besitzen die Souveränität und die Legitimation, Gesetze zu formulieren und für deren Durchsetzung zu sorgen. Mit anderen Worten: Die Regierungen stellen die Spielregeln auf, und die Unternehmen versuchen, innerhalb dieser Spielregeln erfolgreich zu wirtschaften. Wären die Regierungen in der Lage, die Korruption zu beseitigen, könnten sie durch eine entsprechende Gesetzgebung die gesellschaftlichen Verhältnisse ihres Landes ohne weiteres verbessern.

Global Governance und CSR Auch den **Regierungen der Industrieländer** kommt ein Teil der Verantwortung zu: Im Sinne der so genannten **Global Governance**, der politischen Gestaltung des Globalisierungsprozesses, sind sie gefordert, die Entwicklungsländer bei der Schaffung der notwendigen Strukturen für eine funktionierende demokratische Gesellschaft zu unterstützen. Und es liegt in ihrer Hand, den Entwicklungsländern einen uneingeschränkten Zugang zum internationalen Markt zu garantieren.

Auf **unternehmerischer Ebene** ist ein CSR-Konzept von Bedeutung, das weder Philantropie noch eine Marketingstrategie ist, sondern Ausdruck einer bewussten Unternehmensethik, die nur leibend ist, solange sie auf **Freiwilligkeit** basiert. Dem widerspricht nicht, dass wir uns in Zukunft darum bemühen müssen, Normen und Standards für die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen zu entwickeln, die über die an sich selbstverständliche Verpflichtung zur Einhaltung von Umweltschutz-, Arbeits- und Menschenrechten hinausgehen. Corporate Social Responsibility kann einen wichtigen Beitrag für das Wohl von Millionen Menschen leisten, wenn eine wachsende Anzahl an Unternehmen CSR in ihre Unternehmensstrategie aufnimmt und die Zivilgesellschaft gleichzeitig ein wachsendes Bewusstsein gegenüber diesem Thema ausbildet.